Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 19. Juli 1930

34. Jahrgang — Nummer 29

Wo stehen wir?

Im Wellengang der kapitalistischen Wirtschaft wechseln Krise und Hochkonjunktur einander ab. Die Zeiten der Wirtschaftskrise sind für die gesamte Arbeiterschaft, wie auch für deren wirtschaftliche Interessenvertretung, die Gewerkschaften, Zeiten schwerster Not und Sorgen.

Wie lange und mit welcher Stärke das riesige Heer der Erwerbslosen auf den Arbeitsmarkt drückt und die Durchführung von Arbeitskämpfen erschwert, das sind Fragen, die sowohl den einzelnen Arbeiter als auch den Verband angehen.

Desgleichen lastet die Gefahr des Entlassenwerdens wie ein Alpdruck auf allen Arbeitnehmern. In den Haushalten der Kommunen, der Länder und des Reiches werden immer neue Defizite sichtbar, die durch Senkung der Ausgaben (und da bedauerlicherweise meist durch Kürzungen am Sozialetat) und neue Steuern ausgeglichen werden sollen, so daß auch von dieser Seite die Existenz des arbeitenden oder arbeitslosen Menschen bedroht wird und alle gewerkschaftlichen Kräfte aufgeboten werden müssen, um wenigstens das schlimmste zu verhindern. Es ließe sich noch eine Reihe anderer Krisenwirkungen aufzählen, die alle das Arbeiterschicksal in hohem Maße berühren. So ist es verständlich, daß gerade von Arbeitnehmerseite die Fragen: Wo stehen wir? An welchem Punkte ist die Wirtschaftskrise angelangt? Folgt der baldige Umschwung zur Besserung oder nähern wir uns erst dem Krisenhöhepunkt?, mit besonderem Nachdruck gestellt werden. Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, auf diese Schicksalsfragen eine Antwort zu geben.

Dazu einleitend einige Worte über die einzelnen Merkmale, die den Verlauf von Krise und Hochkonjunktur in der kapitalistischen Wirtschaft kennzeichnen. In Zeiten normaler Konjunktur strömt das Geld den Unternehmungen zu, deren Produkte guten Absatz finden, weil es sich dort in Form von hoher Dividende und steigendem Kursgewinn am besten rentiert. Es wird sowohl zur Erweiterung und Modernisierung der Unternehmungen als auch zu Geschäftsneugründungen verwandt. Schließlich übersteigt die Erzeugungsmöglichkeit den Absatz, der sich nicht in demselben Tempo ausweitet, und nun beginnt der Krisenweg. Zuerst wird auf Vorrat gearbeitet. Aber die gefüllten Lager leeren sich nicht und da kein Geld eingeht, die Lagerbestände aber Zinsen fressen, die unter allen Umständen aufgebracht werden müssen, so gehen die leistungsschwachen Unternehmungen zugrunde, die Konkursziffer steigt. Die Wechsel, mit denen die Waren bezahlt werden sollten, können nicht eingelöst werden, und die Ziffer der Wechselproteste schwillt an. Durch Konkurse und fehlende Aufträge an die industriellen und gewerblichen Unternehmungen veranlaßt, werden Betriebseinschränkungen vorgenommen, wodurch die Arbeitslosigkeit steigt. Diese bedeutet Kaufkraftausfall, weshalb sich die Umsätze vermindern und das Tempo zum Krisenhöhepunkt beschleunigt wird. Die Banken sind, veranlaßt durch Verluste bei den in Konkurs gegangenen Unternehmungen, in ihrer Kreditgewährung vorsichtig geworden, und da auch infolge der allgemeinen Flaute die Nachfrage nach Geld stark eingeschränkt wird, fällt der Preis des Geldes, der Zinssatz sinkt. In der freien Wirtschaft (die heute nicht mehr besteht), deren wesentlichstes Merkmal der Konkurrenzkampf ist, nimmt dieser infolge der großen Warenvorräte an Schärfe zu, wodurch sich die Preise senken. Diese aber beleben die Kaufkraft und leiten den Umschwung zur Hochkonjunktur ein. Deren Verlauf nun wird durch die umgekehrten Merkmale gekennzeichnet, also Verminderung der Warenvorräte, Sinken der Konkursziffer und vermehrte Geschäftsneugründungen, Abgleiten der Arbeitslosigkeit, Steigen des Umsatzes und Anziehen der Zinssätze, bis sich der Kreislauf Krise — Hochkonjunktur — Krise wiederholt.

Verfolgen wir nun die einzelnen Zahlenreihen, die den Verlauf der zur Zeit herrschenden Wirtschaftskrise kennzeichnen. Die Lagervorräte sind im Augenblick außerordentlich groß. Die Landwirtschaft seufzt unter dem Zuviel an Getreide und tierischen Produkten und macht alle Anstrengungen, durch Zollhemmnisse wenigstens weiteren Zustrom aus dem Auslande fernzuhalten. Die Lage der Schwerindustrie wird durch die riesigen Haldenbestände an Kohlen und Koks gekennzeichnet, die zur Zeit etwa zehn Millionen betragen und zu deren Förderung eine halbe Million Menschen einen Monat hindurch arbeitete. Die Warenhäuser und die übrigen Geschäfte des Kleinhandels melden ebenfalls steigende Lagerbestände. Die Konkursziffer ist ungewöhnlich hoch. Sie betrug im Monatsdurchschnitt 1928 665, 1929 820 und im Durchschnitt der ersten 5 Monate dieses Jahres 1069. Ebenso ist die Zahl der beantragten Geschäftsaufsichten im dauernden Steigen, nämlich von 265 im Monatsdurchschnitt 1928 auf 407 im Monatsdurchschnitt 1929 und 632 im monatlichen Durchschnitt Januar bis Mai 1930. Die Zahl der allmonatlich zu Protest gehenden Wechsel zeigt ganz dieselbe Bewegung. Es gingen durchschnittlich in jedem Monat Wechsel zu Protest: 1928 rund 7200, 1929 rund 8700 und in den ersten 5 Monaten dieses Jahres 9800. Die Arbeitslosigkeit ist sehr viel größer als in den beiden Vorjahren. Wir zählten an Hauptunterstützungsempfängern und Krisenunterstützten am 1. Juni dieses Jahres 1,9 Millionen. Das sind rund 878 000 mehr als am gleichen Vorjahrstage und 1,1 Millionen mehr als am ersten Juni 1928. Der durch das riesige Arbeitslosenheer verursachte Kaufkraftausfall ist enorm. Das lehrt das Aufkommen aus der Lohnsteuer, woraus rückschließend die Höhe des Volkseinkommens, das sich aus Löhnen und Gehältern zusammensetzt, bestimmbar ist. Das Reich erhielt aus der Lohnsteuer im ersten Jahresdrittel 1928 441,5 Millionen, 1929 413,7 Millionen und 1930 405,5 Millionen Mark. Ebenso ist die Höhe des Umsatzsteueraufkommens ein getreues Spiegelbild der Geschäftstätigkeit. Diese ist stark zurückgegangen, was die Tatsache beweist, daß dem Reiche aus der Umsatzsteuer in den Monaten Januar bis April 1928 441,3 Millionen, im gleichen Zeitraum 1929 436,1 Millionen und in den ersten 4 Monaten dieses Jahres trotz Umsatzsteuererhöhung nur 432,8 Millionen Mark zugeflossen sind. Die Zinssätze haben eine starke Senkung erfahren. Nehmen wir den Reichsbankdiskont als ihren Gradmesser, dann können wir feststellen, daß dieser von 7½ Prozent Ende April 1929 etappenweise bis auf 4 Prozent gesenkt worden ist. Die letzte Diskontherabsetzung um ½ Prozent wurde erst dieser Tage beschlossen. Ebenso ist ein starkes Abgleiten der Großhandelspreise eingetreten. Der Großhandelsindex sank von 140,0 im Jahresdurchschnitt 1928 auf 137,2 im Durchschnitt 1929 und auf 124,8 Mitte Juni dieses Jahres. Die Lebenshaltungskosten hingegen haben keine wesentliche Aenderung erfahren. Der amtliche Lebenshaltungsindex stieg von 1928 zu 1929 noch um ein geringes und ist erst während der letzten Monate ganz leicht zurückgegangen. Trotz der Senkung der Großhandelspreise ist die deutsche Ausfuhr nicht gestiegen. Wir führten aus: 1928 Monatsdurchschnitt für 985 Millionen, 1929 für 1205 Millionen und im Durchschnitt der ersten 5 Monate 1930 für 1062 Millionen Mark. Die seit Februar dieses Jahres zu beachtende Besserung unserer Handelsbilanz ist lediglich eine Folge der stark gesunkenen Einfuhr. Noch in keinem Monat dieses Jahres ist trotz gesunkener Großhandelspreise die monatsdurchschnittliche Ausfuhrziffer des Vorjahres erreicht worden. Das zeigt, wie unsinnig es ist, eine Krisenüberwindung von gesteigerter Ausfuhrtätigkeit zu erwarten!

Es deuten also alle Momente darauf hin, daß wir uns erst dem Tiefstand der Krise nähern. Zeichen des Umschwungs sind noch keine erkennbar. Der kommende Winter dürfte den Depressionszustand noch verschärfen.

Da die Steuereinnahmen zurückgehen und die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften wachsen, so stehen uns auf finanzpolitischem Gebiet noch schwere Kämpfe bevor, die in dem Streben des Arbeitgebertums nach Lohnabbau nur eine Parallele finden.

Für die Arbeiterschaft heißt es jetzt mehr denn je, auf dem Posten zu sein, um das im jahrelangen Ringen Erkämpfte nicht durch plötzlich durchgeführte Maßnahmen der Reaktion zu verlieren.

F. V.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Reichsbahn

Die Allgemeinheit dürfte es interessieren, in welcher Weise die Reichsbahn als Verbraucher zur Behebung oder Linderung der katastrophalen Arbeitslosigkeit beiträgt. Nachfolgend sei ein uns bekanntgewordenes Beispiel geschildert:

Die schlesische Steinindustrie weist seit fast einem Jahre die prozentual größte Arbeitslosenziffer auf, sind doch zur Zeit noch rund 60 Prozent der Arbeiter ohne Arbeit. Als Abnehmer der schlesischen Basaltproduktion kommen zumindest 80 Prozent die Reichsbahndirektionen Breslau und Oppeln in Frage. Diese hatten zugesagt, dieselbe Menge wie im vorigen Jahre zu beziehen, da hierfür auch der Bedarf vorliegt. Trotzdem nun der Bedarf noch nicht annähernd gedeckt ist, schränkt die Reichsbahn aber die Lieferquoten bedeutend ein, so daß schon hierdurch mehrere Betriebe nur mehr einige Tage, mitunter sogar nur einen Arbeitstag beschäftigt sind und die erst wenige Wochen beschäftigten Arbeiter schon wieder vor der Entlassung stehen.

Ein stichhaltiger Grund für das Abstoppen ist weder genannt worden noch ersichtlich. Vermutlich ist die Maßnahme auf die Urlaubsbedürftigkeit einiger abgearbeiteter höherer Beamten zurückzuführen. Unverständlicher sind aber folgende Umstände: Würden die Bedarfsmengen nach einem gerechten Verteilungsschlüssel an die vorhandenen Betriebe zu dem allgemein feststehenden Tagespreis vergeben, so wäre eine entsprechende Beschäftigung bei normaler Arbeitszeit zumindest für einige Monate noch möglich, Hunderte von jetzt Erwerbslosen würden Arbeit haben. Stattdessen ist festzustellen,

daß einige Firmen aus privaten oder sonstigen Gründen außerordentlich bevorzugt werden, so daß diese, um die abgerufenen Mengen liefern zu können, Tag und Nacht, also bis zu 3 Schichten arbeiten müssen und Ueberstundenarbeit weit über die gesetzlich gegebenen Möglichkeiten verlangen.

Die Reichsbahndirektion Oppeln gibt ihren Gesamtbedarf einer Firma, bei der nicht nur Mehrschichten und Ueberarbeit üblich ist, sondern auch die tariflich und gesetzlich der Arbeiterschaft zustehenden Rechte unbeachtet bleiben.

In einer am 29. Juni in Lichtenau stattgefundenen Konferenz der Basaltarbeiter wurde die ob dieser Zustände hervorgerufene Erregung in nachstehender Resolution zum Ausdruck gebracht.

„Die am 29. Juni in Lichtenau, Kreis Lauban, tagende Bezirkskonferenz der Steinarbeiter der Kreise Lauban, Löwenberg, Schönau, Görlitz, Hirschberg, Liegnitz und Bunzlau stellt mit größter Erbitterung fest, daß trotz der vielen Eingaben und mündlichen Hilferufen für die Steinarbeiterschaft Schlesiens nicht nur keine Besserung im Beschäftigungsgrad eingetreten ist, sondern die geringe Arbeitsmöglichkeit von Tag zu Tag noch abnimmt. 60 Prozent arbeitslose Steinarbeiter in Schlesien gegenüber 35 Prozent solcher in den übrigen Provinzen und Staaten zeugen davon, daß Schlesien besonderes Notgebiet ist und nur mit außerordentlichen Hilfsmaßnahmen Abhilfe ermöglicht werden kann.

Unverständlich ist es, wenn in dieser Zeit die Reichsbahn ihre Lieferquoten an Basaltschotter einschränkt und außerdem eine ungerechte Verteilung der Liefermengen zuläßt, wodurch einzelne Werke in 2—3 Schichten arbeiten, während die Mehrzahl der Werke verkürzt und eingeschränkt arbeiten, trotzdem aber auch noch die gänzliche Stillegung ins Auge fassen müssen. Die Konferenz richtet deshalb die dringende Bitte an die Reichsbahndirektionen Breslau, Oppeln, in dieser Sache nach dem Rechten zu sehen!

Ferner nimmt die Konferenz mit Entrüstung davon Kenntnis, daß das Landesarbeitsamt Breslau dem Antrag auf Einbeziehung der Steinarbeiter der Arbeitsmarktbezirke Lauban, Reichenbach (Schlesien) und Liegnitz in die Krisenunterstützung noch nicht stattgegeben hat. Die meist ländlichen Gemeinden sind außerstande, den vielen immer noch zunehmenden Ausgesteuerten Unterstützung zu gewähren. Die Arbeiter und ihre Familien fordern Hilfe und sind nicht gewillt, wehrlos zu verhungern. Es ist höchste Zeit, die Auswirkungen überlanger Arbeitslosigkeit und des damit verbundenen Elends zu bannen.

Deshalb ergeht an alle behördlichen Staats-, Provinz-, Kreis- und Reichsbahn-Behörden der Ruf nach Arbeitsbeschaffung oder Unterstützung, wenn Arbeitsmöglichkeit nicht zu finden ist.

Not bricht Eisen! Schafft Arbeit!"

Wir erwarten, daß die Reichsbahndirektionen den zuständigen Dezernenten nachdrücklichst auf die im Allgemeininteresse, wie auch im besonderen Interesse der arbeitslosen Steinarbeiter gelegene Notwendigkeit einer laufenden und vor allem gerechten Verteilung der Bedarfsmengen hinweist.

Neues vom Rentenkampf wegen Staublunge

Von Heinrich Backhaus, Berlin.

In Nr. 22 „Der Steinarbeiter" habe ich in dem Artikel „Kritisches zum Kampf um Anerkennung von Berufskrankheiten" der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft den Vorwurf gemacht, daß sie darauf Anspruch erheben könne, sich die Prüfung von Rückwirkungsfällen am leichtesten zu machen. Diesen Vorwurf muß ich insofern einschränken, als die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft diesen Rang mit Erfolg streitig macht. Aus in der letzten Zeit bearbeiteten Staublungensachen geht hervor, daß die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft nicht nur lediglich mit der gleichen Begründung wie die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Ansprüche ablehnt, daß die Staublunge für die Entwicklung 10 bis 15 Jahre gebrauche, und deshalb ihre Verursachung vor dem 1. Januar 1920 liege, sondern daß dies auch noch dann geschieht, wenn alle gehörten Aerzte das Vorliegen einer entschädigungspflichtigen Berufskrankheit anerkennen. **In einem Falle waren es sogar drei Aerzte, die sich in zustimmendem Sinne geäußert hatten!**

Für dieses Bestreben, ihre Entschädigungspflicht abzuwälzen, hat die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft auch einen Arzt gefunden, der sie durch Gutachten darin unterstützt, **nämlich den außerordentlichen Professor Dr. Weigelt, Oberarzt der Medizinischen Klinik Leipzig.** Er sagte in einem mir vorliegenden Gutachten u. a.:

„Die Steinhauerlunge ist ohne allen Zweifel wesentlich durch seine Berufstätigkeit vor dem 1. Januar 1920 verursacht, fällt somit mit überzeugender Wahrscheinlichkeit nicht unter die Berufserkrankungen, welche nach dem Gesetz vom 11. Februar 1929 der Entschädigung unterliegen."

Mit aller Entschiedenheit muß darauf hingewiesen werden, daß die wesentliche Verursachung des Beginns einer Staublunge, der medizinisch wohl überhaupt schwer nachzuweisen ist, Voraussetzung für die Entschädigungspflicht nicht ist, sondern die Frage, ob eine vielleicht schon vor 1920 vorhandene Staublunge durch unter die Verordnung fallende Berufsarbeit nach 1919 so wesentlich beeinflußt worden ist, daß aus der leichten Staublunge eine schwere Staublungenerkrankung geworden ist.

Erfreulicherweise teilt der Senat für Berufskrankheiten diese ungünstige Auffassung nicht. In der Sache Bk. 503/30 wurde am 24. Juni 1930 die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft vielmehr verurteilt, Entschädigung und zunächst eine vorläufige Leistung von 200 Mark zu zahlen, weil in diesem Falle eine acht- bis neunjährige Beschäftigung nach 1919 als ausreichend angesehen wurde, die schwere Staublunge zu verursachen. Damit ist natürlich nicht auch darüber entschieden, ob auch eine kürzere Zeit zur Entwicklung einer schweren Staublunge genügt. Zunächst ist aber den Berufsgenossenschaften damit klar gemacht, daß **nicht** mindestens 10 Jahre Berufstätigkeit nach 1919 zur Anerkennung notwendig sind!

Es wäre zu wünschen, daß sowohl die Sächsische Baugewerks-Berufsgenossenschaft als auch die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft nun endlich einsehen, daß ihr Standpunkt nicht aufrechterhalten werden kann. Für die betroffenen schwerkranken Steinarbeiter ist es wahrlich nicht angenehm, noch jahrelang um ihre Rente zu kämpfen.

Erst die Löhne, dann die Preise!

Als der derzeitige Arbeitsminister im Reichstag zu dem Problem Löhne und Preise Stellung nahm, war er der für einen Gewerkschaftsführer selbstverständlichen Ansicht, daß die Preisermäßigung einer etwaigen Lohnermäßigung voranzugehen habe. Er sagte u. a.: „Lohnkürzungen allein führen meines Erachtens bestimmt nicht zum Ziel, sind volkswirtschaftlich falsch und auch nicht durchführbar. Wenn man in Deutschland bei seiner Bevölkerungsstruktur die Löhne senkt ohne die Preise, dann verschärft man die Krise. Wenn man die Löhne nur ebenso viel senkt wie die Preise, dann erleichtert man zwar die Ausfuhr, verschafft aber im Innern so gut wie keine verstärkte Kaufkraft, ein Zustand, durch den keine ausreichende Neubelebung der Wirtschaft erfolgen kann."

Wir sagten bereits, daß diese Anschauung des Ministers eine glatte Selbstverständlichkeit und auch volkswirtschaftlich richtig ist. Daß nicht alle so denken und im Gegenteil die Anschauung vorherrscht, zuerst die Löhne zu senken, beweist ein Artikel des „Berliner Börsen-Couriers" Nr. 301 „Spekulative Lohnpolitik?" In diesem Artikel wird die These verfochten, daß die Senkung der Löhne in erster Linie zu erfolgen hat. U. a. lesen wir dort: „In erster Linie handelt es sich heute um eine Krise der Rentabilität, um ein Mißverhältnis von Selbstkosten und Erlösen, die zu einer wachsenden Einschränkung des Produktionsprozesses geführt hat... Die Forderung, daß nunmehr die Preise den Löhnen vorangehen sollen, muß zur Folge haben, daß die Selbstkostenkrise der Wirtschaft, ihre Unrentabilität noch mehr als bisher verschärft und dadurch Betriebsstillegungen und Arbeitslosigkeit einen neuen Antrieb erfahren würden . . . Mit aller Deutlichkeit muß betont werden, daß eine Politik, die zuerst die Preise und erst dann nachfolgend die Löhne zu vermindern sucht, auf nichts anderes hinausläuft als auf eine Reallohnerhöhung mit anderen Mitteln als bisher."

Der „BBC" und mit ihm alle Unternehmerblätter werden durch keine Krise belehrt. Sie stieren vor allem auf das Rentabilitätsprinzip und übersehen dabei, daß nichts anderes als mangelnde Kaufkraft die großen Warenmengen unverkäuflich läßt. Wenn sie dabei der Meinung Ausdruck geben, daß man umgekehrt verfahren solle, d. h. mit einer Lohnsenkung zu beginnen wäre, so ist das nichts anderes als brutale arbeiterfeindliche Politik. Der Reallohn der deutschen Arbeiterschaft ist wahrhaft niedrig genug. Wer die Lebensweise der Arbeiterschaft in Deutschland täglich zu beobachten Gelegenheit hat, wird feststellen, daß die große Masse des Volkes nur eben so hinvegetiert, ohne in nennenswerter Weise an den Kulturgütern teilnehmen zu können. Wir befinden uns heute in der gleichen Lage wie 1926, wo es großen Menschenmassen in Deutschland im wahrsten Sinne des Wortes schlecht geht. Doch dieser Zustand erscheint jenen Reaktionären als noch nicht übel genug. Man will die Lebenslage des Volkes noch mehr herunterdrücken, um desto besser triumphieren zu können. Die Gewerkschaften müssen diesen Zeitgenossen mit dem größten Widerstand entgegentreten.

Wirtschaftspolitische Betrachtungen

Die Welt hat politisch und wirtschaftlich ein anderes Gesicht bekommen. Auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders in den Produktionsmethoden, hat sich eine Entwicklung vollzogen, deren Auswirkungen den Hauptanteil der Ursachen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression darstellen. Rationalisierung—Technisierung, das sind die Stichworte mit denen man glaubt, die wirtschaftliche Frage lösen zu können. Die heutige Wirtschaft ist absolutistisch, wird beherrscht durch die Kartelle, Trusts und Syndikate. Dem Verbraucher ist ebensowenig wie dem Händler und Arbeiter, weder Mitbestimmungs- noch Kontrollrecht eingeräumt.

Während der politische Staat den Absolutismus beseitigt, die Demokratie anerkennt und durchführt, ist die Wirtschaft dem Absolutismus nicht nur treu geblieben, sondern wendet ihn in verschärfter Form an. Ein Zustand, der unbedingt beseitigt werden muß. Die politische Staatsform muß grundlegend, müßte bestimmend sein, auch für die Gesamt-Wirtschaft. Dieses hat man auch in den führenden Kreisen der Wirtschaft anscheinend erkannt, demzufolge werden von dieser Seite bei politischen Wahlen alle möglichen Mittel angewendet und Unkosten nicht gescheut, weil es sich darum handelt, die staatspolitischen Grundlagen für die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Machtpositionen zu schaffen.

Wirtschaft und Politik sind zwar zwei verschiedene Begriffe, doch greifen beide ineinander. In einem Staate, der politisch demokratisch eingestellt und regiert wird, darf kein Raum sein für wirtschaftlichen Absolutismus. Leider hat der demokratische Staat bisher versäumt, seine Machtmittel gegen Großindustrie, Großhandel, Großagrarier und Banken so anzuwenden, daß diese wirtschaftlich maßgeblichen Kreise zu demokratischer Umstellung gezwungen waren. Die Unterlassungen des politischen Staates gegenüber der Wirtschaft haben zu den heutigen katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen mit geführt, nicht zuletzt die Passivität der Staatsbürger, die politisch zerrissen von einem Extrem zum andern wandeln.

Die Absolutisten der Wirtschaft wissen, wo sie Hilfe zu suchen haben, sobald die Gewinne aus ihren Betrieben nicht so fließen, wie sie es für notwendig erachten; der Helfende ist wieder der — demokratische Staat.

Die sich jeweilig am Ruder befindenden Regierungen haben Hunderte von Millionen Mark der Wirtschaft und deren Organisationen geopfert. (Ruhrindustrie, Landwirtschaft.) Auch gegenwärtig ist die Reichsregierung wieder im Begriff, mehrere hundert Millionen Mark den „notleidenden" Großagrariern zu opfern. Der demokratische Staat subventioniert dadurch seine politischen Gegner, stärkt deren wirtschaftliche Macht.

Auf der einen Seite die Tatsache, daß die Großkapitalisten dem Staate die diesem zustehenden Steuern vorenthalten, ihre Vermögen sogar im Ausland deponieren, und dadurch dem demokratischen Staat seine Existenz gefährden.

Auf der anderen Seite gibt der Staat seinen Feinden finanzielle Mittel, stärkt deren wirtschaftliche Macht. Kann es einen größeren Widersinn geben?

Ganz anders stellt sich der politische Staat ein, wenn es gilt, denen, die ihn bejahen, stützen und verteidigen, also der Arbeiterschaft, ihre wirtschaftliche Existenz zu sichern. Die Arbeiterschaft, die unter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gewaltig zu leiden hat, kann sich einer gleichen väterlichen Fürsorge des Staates, wie die Unternehmer, nicht erfreuen.

Der Arbeiterschaft, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit weit über das Maß des erträglichen hinaus Opfer gebracht hat, im Interesse der Entwicklung der Wirtschaft, im Interesse der Erhaltung und Festigung des demokratisch republikanischen Staates, sollen auch heute wiederum die Lasten aufgebürdet werden, die zur „Ankurbelung" der Wirtschaft, zur Sanierung der Finanzen getragen werden müssen. Seit Wochen sucht die Reichsregierung Mittel und Wege zur Lösung dieser Fragen. Und es ist eigenartig zu beobachten, in wie vorsichtiger Weise man sich bemüht alles zuvermeiden, die tragfähigen Schultern zu belasten. Selbst Minister, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, Stegerwald war Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften, wagen nicht die Belastung derjenigen zu befürworten die Nutznießer der Not der Massen sind. Herr Stegerwald, der ehemalige christliche Gewerkschafter, hat das Ei des Kolumbus entdeckt, er sagt: „die soziale Belastung der Unternehmer ist zu groß!" Nach seiner Meinung ist die Sozialgesetzgebung in Deutschland viel zu großzügig, demzufolge werde die „Wiederankurbelung" der Wirtschaft behindert. Mit anderen Worten die soziale Gesetzgebung belastet Reich, Staat und Kommunen derart, daß es Pflicht der Reichsregierung sei, nun halt zu blasen.

Es muß reformiert, lies: abgebaut werden. Zunächst ist es die Arbeitslosenversicherung, wo man glaubt, bedeutende Ersparnisse machen zu sollen. Des weiteren hat sich Herr Stegerwald die Krankenversicherung ausersehen als Objekt zum Sparen im Sinne der Unternehmer. Er hat sich berufen gefühlt, im Reichstage die „hohen" Summen bekanntzugeben, die jährlich in Deutschland für soziale Unterstützungen ausgeben werden. Er hat es aber unterlassen, ob mit Absicht, sei dahingestellt, auch hinzuzufügen, daß diese Summen erst durch die Arbeiterschaft in Form von Versicherungsbeiträgen zum übergroßen Teil aufgebracht werden müssen. Kann ein aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung hervorgegangener Reichsarbeitsminister keine anderen Wege zeigen, die aus dem gegenwärtigen wirtschaftlichen Chaos führen, nun dann muß die Arbeiterschaft ihm den Weg zeigen.

Mittel zur Behebung der Finanzmisere, zur Beseitigung des Elends der breiten Massen der Arbeiter gibt es genug, man hat in der Reichsregierung nur nicht den Mut, davon Gebrauch zu machen. Warum belegt man nicht alle die Einkommen von 12 000 Mark und darüber mit einem besonderen Steuerzuschlag? Die Reichsregierung antwortet: „Weil die Gefahr besteht, daß die Kapitalisten ihre Gelder noch mehr als bisher im Ausland deponieren!" Warum so ängstlich? Man konnte sich doch helfen als seinerzeit eine Anzahl Spezial-Arbeiter aus der Glasindustrie Thüringens versuchten auszuwandern, um im Ausland sich eine neue, lohnendere Existenz zu gründen. Die Reichsregierung versagte die Auswanderung mit der Begründung, daß, wenn der Auswanderung stattgegeben werde, die Gefahr bestehe, daß im Ausland sich diese Industrie so entwickeln könnte, um der deutschen Industrie den Lebensnerv zu nehmen. Warum wagt man nicht in gleicher Weise gegen die Kapitalisten vorzugehen? Eine weitere Frage: Warum schwingt sich die Reichsregierung nicht dazu auf, die Bezüge der Aufsichtsräte, die doch immerhin eine ansehnliche Summe von Millionen jährlich einbringen, ohne daß besondere Gegenleistungen zu vollbringen sind, mit einer hohen Sondersteuer zu belegen?

Die Behebung der Arbeitslosigkeit wird ebenfalls nicht allein mit dem in Aussicht genommenen Arbeitsbeschaffungsprogramm möglich sein, deshalb müßte von der Reichsregierung ernstlich die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit durch gesetzliche Bestimmungen in Angriff genommen werden. Ist es nicht geradezu widersinnig, wenn in einer Zeit, wo fast 3 Millionen Menschen arbeitslos sind, es den Unternehmern auf Grund der immer noch bestehenden Arbeitszeit-Notverordnung ermöglicht wird, die im Betrieb beschäftigten Arbeiter zu zwingen länger als 8 Stunden pro Tag zu arbeiten. Gehen wir in die Betriebe der einzelnen Industrien und werden finden, daß die heute noch beschäftigten rund 14 Millionen Arbeiter und Angestellte pro Tag nicht 8, sondern 9, pro Woche nicht 48, sondern 54 Stunden arbeiten.

Der Weg, den hier die Regierung gehen muß, um den Widerspruch zu lösen, ist schon gezeigt durch einen Beschluß des IGB, den sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund vollinhaltlich zu eigen gemacht hat. Die Arbeitszeit muß für alle Arbeiter und Angestellten auf sieben Stunden höchstens je Tag gesetzlich festgelegt werden. Schon allein diese Maßnahme würde dazu beitragen, daß das Heer der Arbeitslosen zusammenschmilzt. — Wir dürfen nicht mehr experimentieren, sondern müssen handeln, müssen die Gesetzgeber und Regierung zu Taten drängen.

Albert Schlegel.

Staatspolitik und genossenschaftliche Selbsthilfe

-ff. Der Kampf des sogenannten selbständigen Mittelstandes — wer ist der „unselbständige" Mittelstand?! — gegen die Konsumgenossenschaften löste ein staatspolitisches Diktum aus, das insbesondere von den Beamten und Angestellten und den Arbeitermassen als Verbraucher nicht unbeachtet bleiben kann. Da die „Stützen von Thron und Altar", zu denen sich der „selbständige Mittelstand" in Vorkriegszeiten zählen durfte, durch die staatspolitische Umwälzung zu einem nicht mehr zeitgemäßen Begriff geworden sind, so muß der Mittelstand, da er sich doch als „Staatsstütze" fühlt, obwohl er mehr „Stütze" braucht als Stütze ist, sich nach einer ebenso brauchbaren Bezeichnung umsehen. Der neue Reichsjustizminister Bredt von der Wirtschaftspartei hat nun kürzlich bei einer Kundgebung des „selbständigen" Mittelstandes für die Sonderumsatzsteuer zur Knebelung der Konsumgenossenschaften den neuen Staatsstützenbegriff glücklich formuliert, indem er, Staatspolitiker großen Formats, erklärte: „Das selbständige erwerbsmäßige (!) Bürgertum sei nach Meinung des Kabinetts der Träger des gewaltigen Beamtenstaates, nicht aber Warenhäuser und — Konsumvereine."

Nun weiß man also, daß die demokratische Republik Deutschland ohne die alten „Stützen von Thron und Altar" nicht existieren könnte und daß dem „Beamtenstaat" nur vom „selbständigen" Mittelstand geholfen werden kann. Die Beamten sollen wissen, was die Bezeichnung „Beamtenstaat" im Wesenskern bedeutet: Da die Beamten der Republik vom „selbständigen" Mittelstand durch Steuern „verhalten" werden müssen, so muß umgekehrt die Beamtenschaft aller Grade mit ihrem Einkommen, das nach der erleuchteten Volkswirtschaft der Mittelständler aus puren Steuern besteht, den „selbständigen" Mittelstand „verhalten"?. Wo bliebe sonst die ausgleichende Gerechtigkeit?!

Was nun aber das staatspolitische Diktum des wirtschaftsparteilichen Ministers anbelangt, so müßte die deutsche Republik, wenn es richtig wäre, auf ebenso schwachen Füßen stehen, wie der „selbständige" Mittelstand selbst, der zu seiner Erhaltung vom Staat steuerfreie Millionenkredite zu niedrigstem Zinsfuß beansprucht und gleichzeitig die Konsumgenossenschaften mit brutalen Ausnahmesteuern belastet sehen will. Was der Tragikomik dieser neuen „Träger des gewaltigen Beamtenstaates" nicht entbehrt.

Wie falsch und gefährlich aber die staatspolitische Deklamation der Wirtschaftsparteiler und ihres Ministers ist, zeigt eine Statistik der Gegenüberstellung von Handelsbetrieben und genossenschaftlich organisierten Verbrauchermassen. Sie zeigt, daß die sog. reinen Handelsbetriebe vom Jahre 1907 mit 621 103 Inhabern auf 946 403 im Jahre 1925, also um 52,3 Prozent zugenommen haben, während die Bevölkerung im heutigen deutschen Staatsgebiet von 57,8 Millionen im Jahre 1910 auf 62,4 Millionen, also um nur 8 Prozent zugenommen hat. Trotzdem stehen den rund 1 Million Handelsbetrieben, die bei ihrer kaninchenartigen Vermehrung heute gezählt werden können, 4 Millionen genossenschaftlich organisierter Haushaltungen in ca. 1500 Konsumgenossenschaften gegenüber.

Woraus sich ergibt: 1. daß die vielbeklagte schlechte Wirtschaftslage des „selbständigen" Mittelstandes im Handel — und nur er wird von der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung betroffen! — vor allem durch seine eigene unmäßige, in gar keinem Verhältnis zur Bevölkerung stehende Vermehrung verschuldet ist, und 2. daß die auf Selbsthilfe und nicht auf Staatsstipendien aufgebaute, in Zahl viermal stärkere Wirtschaftsbewegung genossenschaftlich organisierter Verbraucher in weit höherem Maße Träger des Staates sind, als der notleidende „selbständige" Mittelstand.

Der „unselbständige" Mittelstand, als welcher mit achselzuckender Miene des „erwerbsmäßigen Bürgertums" die Beamten und Angestellten rubriziert werden, können diese untergeordnete soziale und staatspolitische Bewertung am besten durch stärkste wirtschaftliche Betätigung in den Konsumgenossenschaften quittieren. Die Arbeitermassen, die ja bei diesen staatspolitischen Erwägungen überhaupt nicht mitzählen, werden es sowieso tun.

Aus dem Wetterwinkel

Die Hakenkreuzler oder Nationalsozialisten scheinen nur durch Sonnenhitze sich vermehren und erst richtig entfalten zu können. Habe bei dieser Vermutung durchaus nicht den Ausgang der sächsischen Landtagswahl vom Juni dieses Jahres im Auge, der das Vermutete bestätigt. Die Sachsen mit ihrer sprichwörtlichen „Gemietlichkeet" werden, wenn sie wieder zur Besinnung kommen, mit dieser vorübergehenden nationalsozialistischen Erscheinung, die sich dummfrech immer mehr in die Politik hineindrängt, schon fertig werden. Genau wie die Sachsen vor Jahrzehnten mit der Partei der Antisemiten und noch anderen Parteien politisch fertiggeworden sind. Die juden- und sozialistenfresserische Partei der Antisemiten riß damals den Mund auch so groß und so viereckig auf wie die Nationalsozialisten es heute tun. Besondere geistige Anstrengungen erfordert der Kampf gegen diese neueren „Politiker" ja nicht, nur die Polizei hat täglich die unangenehme Arbeit, diese groß gewordenen, aber immer noch schreienden und strampelnden Kleinkinder aus der Kriegszeit — das ist das Mitgliedergros der Nationalsozialisten — in Schach zu halten. Fast jeden Tag kann aus den Tageszeitungen entnommen werden, wie diese herangewachsenen Hosenmätze aus Deutschlands schlimmster Zeit sich in der Oeffentlichkeit herumlümmeln, frech und frecher werden und die Politik mit einem Kinderspielplatz verwechseln. Nach Art von Kindern sind sie auch nur dreist und stark im Haufen, doch auf sich als einzelner gestellt tun sie keiner Fliege ein Leid. So etwas nennt sich nun eine „politische Partei", sie will in Deutschland „Das dritte Reich" schaffen. So ein Spaß, was? —

Das Herumprügeln mit diesen Halbstarken, die ihr Wahlrecht nur der marxistisch geschulten Arbeiterschaft aus der Vorkriegszeit verdanken, ist gewiß nicht jedermanns Sache, ist vor allem keine politische Handlung. Durch solche Prügeleien wird an den gegenwärtigen miserablen Wirtschaftsverhältnissen auch nicht ein Jota verbessert. Dieser Hinweis gilt für jeden, der da glaubt, seine politische Auffassung und seine wirtschaftlichen Gedanken dem Gegner durch Prügel oder mittels Dolch, Gummiknüppel, Revolver und Schlagring beibringen zu sollen. Lange genug wird diesem Treiben bereits zugeschaut, ohne daß eine Aenderung zu spüren ist; schließlich werden diese verrohenden Sitten eines Tages aber doch die Auswirkung zeitigen, daß die anderen mit gleicher Münze, aber viel pünktlicher, gründlicher und sicherer heimzahlen müssen. Ich glaube, dann wird dieser Zustand des verbrecherischen Faustrechts politischer Säuglinge recht schnell verschwinden. Dennoch wäre bedauerlich, wenn es erst soweit kommen soll oder muß.

Neuerdings haben diese Nazis sogar eine „Gewerkschaft" gegründet und ausgerechnet in Hamburg; „Der Steinarbeiter" in Nr. 27 hat darüber berichtet. Durch diese Gründung sollen gewiß die Hosenmätze mit dem angeborenen Kriegsgeschrei aus den Kriegsjahren Gelegenheit bekommen, nunmehr gegen die Unternehmer und die kapitalistischen Begleiterscheinungen zu kämpfen, die bisher stets auf dem Rücken des Arbeiters abgelagert werden. Zu einem solchen Kampf gehören natürlich andere Waffen als die Faust und die Quadratur der menschlichen Speiseluke. Die Zukunft wird dieser überflüssigen nationalsozialistischen Gewerkschaft das schon beibringen, falls sie sich wirklich gewerkschaftlich betätigt und nicht von der Gnadensonne der Unternehmer bestrahlt wird.

Doch schauen wir Steinklopfer uns diese Nazis einmal etwas näher an, denn in der Provinz suchen sie durch allerhand herumreisende, zweifelhafte Elemente Dumme zu fangen. Kürzlich stand so eine Nummer vor meinem Steinhaufen. Sein Haupt schmückte eine abgelegte „Sonnenblume" von einem „besseren Herrn" und in der Windjacke hatte jedenfalls vordem auch ein anderer gesteckt. Der krähte an meinem Steinhaufen herum mit nationalsozialistischen Phrasen und Traktätchen in der Hand. Als ich mich erhob, ihn dann um Haupteslänge überragte, meine Drahtbrille abnahm und den Hammer spielend durch die Finger gleiten ließ, wurde er merkwürdig ruhig. Da stand er nun, dieser Apostel des dritten Reichs, braun wie ein Zigeuner, behaart wie ein Affe. Haare wuchsen ihm aus Nase und Ohren und als er seinen Strohdeckel abnahm, weil ihm warm wurde, sah ich, daß er im Nacken mehr Haare hatte wie auf dem Kopf. Na, wir haben uns dann eine Weile unterhalten über Politik, Sozialismus, Gewerkschaften, Kapitalismus und anderes mehr. Es war ein hinüberwechselndes Frage- und Antwortenspiel, bis dieser Affe in der Windjacke seine Flugschriften in die Tasche versenkte und eiligst rückwärts verschwand. Ein Fußtritt hätte gewiß nachgeholfen, das war auch erst meine Absicht, doch ich habe mir es verkniffen, denn wir Provinzler sind doch vernünftige Leute. Der Phrasendrescher hatte so schon genug, mein Hammerstiel, wenn ich damit spielte, schien ihm gar nicht zu gefallen. Dieser Naziapostel kommt sicher nicht wieder, allein wenigstens nicht.

Das nun folgende muß jeder Steinarbeiterleser, sofern er mit unserer Sache im Gleichschritt marschiert, lesen:

Die Führer der Nazibewegung wissen, daß eine politische Bewegung nur dann Bestand hat, wenn sie von dem Glauben und Willen der arbeitenden Massen getragen wird. Daher nennt sich jene Bewegung — obwohl sie im Dienste des Kapitals steht — „Arbeiterpartei".

Die Nationalsozialisten sind eine von Kapitalisten gehätschelte und mit kapitalistischem Geld unterstützte Partei. Sie maskieren sich sozialistisch, um ungeschulte Arbeiter einzufangen. Im Mai 1930 setzte sich in der „Berliner Börsenzeitung" der Putschist Ehrhardt mit Hitler und seiner Bewegung auseinander. Dabei erfährt man folgendes: In der Hitlerbewegung bestehe darüber Streit, ob der Nationalismus oder der Sozialismus das Höhere in ihrer Bewegung sei. Hitler selbst habe sich mit „erfreulicher Deutlichkeit" für das erstere entschieden. Ehrhardt stellt aber fest, daß die Hinzunahme des Sozialismus demagogische Erwägung gewesen. Ehrhardt spricht weiter ganz offen aus:

„Die Nationalsozialisten wenden das Wort Sozialismus auf einen ethischen Begriff an und werden daher von der Allgemeinheit der Arbeiterschaft für eine Art von Betrügern angesehen, weil die Arbeiterschaft seit Generationen gewohnt ist, diesen Begriff materialistisch zu verstehen und weil sie ihn ausdrücklich materialistisch verstanden wissen will." Ehrhardt kommt zu dem Schluß: „Der Nationalismus habe dem Arbeiter ganz offen zu sagen, daß seine sozialistische Idee falsch ist und er sie aufgeben müsse. Nur eine Herrengesinnung könne das Land hochbringen!"

Am 26. und 27. April 1930 war in München eine Führertagung der Nationalsozialisten. Sie war notwendig geworden durch den Führerstreit Hitler kontra Goebbels, Straßer. Die Hitlerpresse berichtete nur in dunklen Andeutungen über eine zweistündige Rede Hitlers. Aber das wenige genügt. Hitler sagte u. a.:

„Der Nationalismus sei nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationalen Vorzeichen, sondern bedeute Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral, die weder proletarisch noch bürgerlich ist. Diese Mission sei so kühn und einzigartig, daß die innere Einigkeit der Partei unbedingt aufrecht erhalten werden müsse und jeder politische oder taktische Richtungsstreik eine Sinnlosigkeit wäre."

Mit dieser schwammigen Definition gaben sich die „Revolutionäre" zufrieden. Jetzt kann jeder Nazi, „wie er es auffaßt", weiterlügen. Das Programm der Nationalsozialisten ist überhaupt unverdaulicher theoretischer Unsinn und auf Gimpelfang berechnet. Unter Punkt 7 und 8 wird gefordert, daß, solange der Staat nicht in der Lage ist, seine eigenen Staatsbürger zu versorgen, alle Angehörigen fremder Nationen ausgewiesen werden sollen und weitere Zuwanderung von Nichtdeutschen unterbunden werden muß. Die Hitlerleute sollen doch erst einmal die ihrer Partei angehörenden Junker auffordern, die Beschäftigung polnischer Landarbeiter preiszugeben und dafür deutsche Landarbeiter beschäftigen. Wenn Deutschland dem Irrsinn der Nationalsozialisten folgen und alle Ausländer ausweisen, die weitere Zuwanderung verbieten würde, dann würden die anderen Länder natürlich mit der gleichen Maßnahme antworten. Die Befolgung der nationalsozialistischen „Weisheit" würde Deutschland also recht teuer zu stehen kommen.

Demagogisch ist die alte Agitationslüge der Nationalsozialisten, daß das jüdische Kapital die Welt beherrscht und vor allen Dingen schuld sei am Elend in Deutschland. Im Jahre 1929 erlebten wir den Zusammenschluß der „Deutschen Bank" und der „Disconto-Bank". Es entstand eines der größten Mammutgebilde auf dem europäischen Geldmarkt. Tausende Bankangestellte bezahlten diese Neugründung mit ihrer Brotlosmachung. Wer sind nun die Beherrscher jener Bank? Waschechte Arier, wie Kirdorf, Fürst von Hatzfeld, Herr Cuno, Peter Glöckner, Ernst von Borsig, der Berater Hitlers, neben den Juden Steinthal und Salomonsohn. — Es ist also ehrlich, den Arbeitern zu sagen: Für euch ist es gleich-

Was irgend gelten will und walten,
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband – Für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme • Karl Marx

Das Steinsetzgewerbe an der Reihe. Im mitteldeutschen Steinsetz- und Straßenbaugewerbe versuchen jetzt ebenfalls die Unternehmer, die Arbeiterschaft gewaltsam unter schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen zu pressen. Ihr Verband hat den Tarifvertrag gekündigt und tiefeinschneidende Verschlechterungen gefordert. Während noch die Verhandlungen schweben, legen die Unternehmer den Arbeitsuchenden Reverse zur Unterschrift vor, wonach diese sich verpflichten sollen, zu bedeutend schlechteren Bedingungen die Beschäftigung aufzunehmen.

Für eine solche Unterschrift darf sich kein Arbeiter hergeben. Bevor er im mitteldeutschen Steinsetz- und Straßenbaugewerbe Arbeit annimmt, muß er sich vergewissern, ob die bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen von dem Unternehmer noch beachtet werden. Die Steinsetzfirma Herm. Bär in Bitterfeld, die im Reversunfug an der Spitze marschiert, gilt deshalb bereits als gesperrt.

Die Pflasterstein- und Schotterindustrie in der Pfalz. Neben vielen anderen Gegenden in Deutschland treffen wir auch in der Pfalz auf große Vorkommen an Hartgesteinen; recht respektable Pflasterstein- und Schotterbetriebe sind dort entstanden. Nennen nur die Melaphierbetriebe bei Rammelsbach, Haschbach, Bedesbach, Lauterecken usw., desgleichen die Dioritbetriebe auf dem Schneeweiderhof. Die Betriebsanlagen sind modern und stehen denen anderer Bezirke nicht nach. Die Maschine tritt auch hier in sehr starke Konkurrenz mit der menschlichen Arbeitskraft, die Produktion konnte, trotz bedeutender Verringerung der Belegschaften, wesentlich gesteigert werden. Neben Großpflaster (Reihensteine) als Hauptprodukt, wird Kleinpflaster, Randsteine und Schotter produziert. Das gewonnene Rohmaterial ist spaltfähig, leidet aber im Sommer unter „Sonnenbrand", was die Bearbeitung nicht unwesentlich erschwert.

Die Pflastersteine haben den Vorzug der gleichmäßigen Abnutzung, werden also nicht rund. Schreiber dieses hatte Gelegenheit, Straßen zu besichtigen, die, aus Pfälzer-Material hergestellt, schon 30 und mehr Jahre in Benutzung waren, trotzdem noch auf Jahre hinaus nicht ausgebessert werden brauchen. Auffällig ist, daß noch viel Schotter mit der Hand geschlagen wird; diese Arbeit wird in den Rammelsbacher Betrieben von Frauen verrichtet.

Die Absatzgebiete für Pflastersteine sind zur Zeit hauptsächlich Holland und Frankreich, letztere sind Reparationslieferungen. Zur Zeit sind in den Betrieben der Pfalz, ausgenommen der Betrieb der „Eiserfelder" bei Bedesbach, der infolge Zahlungsschwierigkeiten schon über ein halbes Jahr stilliegt, wohl 70 bis 75 Prozent der Belegschaft des Vorjahres beschäftigt. Zwar sind große Vorräte an fertigem Material vorhanden, doch ist die Möglichkeit, den größten Teil der Belegschaft zu beschäftigen, dadurch gegeben, daß für die Aufträge nach dem Ausland besondere Maße vorgeschrieben sind. In normaler Zeit wurden in der Pflasterstein- und Schotterindustrie der Pfalz weit über 2000 Arbeiter beschäftigt, gegenwärtig kaum 1500 Arbeiter. Ein Teil der aus der einheimischen Produktion Ausgeschalteten haben in Luxemburg und Frankreich (Vogesen) Arbeit gefunden, doch klagen diese im Ausland beschäftigten Kollegen sehr über die ungünstigen Arbeitsbedingungen und Betriebsverhältnisse.

Die organisatorischen Verhältnisse in den Betrieben der Pfalz lassen immer noch zu wünschen übrig, stehen doch noch mehrere hundert Kollegen ihrer wirtschaftlichen Organisation dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands fern. In letzter Zeit wurden in verschiedenen Orten Versammlungen abgehalten, Referent war Kollege Schlegel. Die Versammlungen waren einigermaßen besucht. Thema war: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise, ihre Ursachen und Auswirkungen." Die Versammlungsbesucher zeigten lebhaftes Interesse, was die sachlichen Diskussionen bestätigten. In den Versammlungen wurde von den Kollegen mitgeteilt, daß der „christliche" Berufsverband in letzter Zeit wiederholt versucht habe, durch Veranstaltung von Volksfesten, Versammlungen usw. an die Steinarbeiter der Pfalz heranzukommen, um diese zum Uebertritt in den „christlichen" Verband zu bewegen. Trotzdem die Vertreter des Berufsverbandes den „roten" Zentralverband für alles Mögliche und Unmögliche verantwortlich zu machen suchen, ist ihr agitatorischer Erfolg nur ein sehr magerer. So hat der Vertreter des Berufsverbandes in den Versammlungen den Steinarbeitern folgendes Märchen aufzutischen versucht: „An der Arbeitslosigkeit in der Pflasterstein- und Schotterindustrie ist der „rote" Zentralverband schuld, weil dieser sich gegen die Verzollung der schwedischen Pflastersteine gewendet habe. Von Schweden würden heute, so erzählt der Redner des Berufsverbandes den Versammelten, große Mengen von Pflastersteinen nach Deutschland eingeführt, während die deutschen Pflastersteinarbeiter arbeitslos seien." Es hat keinen Wert, an dieser Stelle auf diese unsinnigen Behauptungen einzugehen, sind aber bereit, in öffentlichen Steinarbeiter-Versammlungen uns mit den Vertretern des „christlichen" Verbandes über das Problem Zölle und besonders über den Handelsvertrag mit Schweden zu diskutieren. Bei dieser Gelegenheit könnten wir auch zugleich zurückkommen auf den Bericht, den der Vertreter des Berufsverbandes in den Versammlungen gegeben hat über die Verlängerung des RAW für die deutsche Pflasterstein- und Schotterindustrie. Auch hierzu sind viele Richtigstellungen zu machen. Also wir sind bereit zur öffentlichen Auseinandersetzung; allerdings so wie im Bayrischen Wald nicht. Denn das nennt man — kneifen. Man kann und wird es keinen Menschen verargen, wenn er bestrebt ist für seine Anschauung Anhänger zu gewinnen. Verwerflich aber ist, wenn sich der Werbende unlauterer, unwahrer Angaben, also unsauberer Mittel bedient. Es ist schlecht um eine Sache bestellt, wenn man für sie mit unlauteren Mitteln Propaganda treiben muß. Dieses hätten eigentlich die Vertreter des „christlichen" Verbandes längst selbst merken müssen, denn der Erfolg ihres Bemühens in der Pfalz war ja danach. Selbst das Volksfest, unter Zuhilfenahme des Pfarrers, konnte den Erfolg nicht bringen. Im übrigen aber werden wir Gelegenheit nehmen, den Steinarbeitern aller in Frage kommenden Bezirke die Wahrheit über das zu sagen, wo der „christliche" Vertreter diese gebogen hat. Wenn dann die Steinarbeiter den Vertreter des Berufsverbandes als das bezeichnen, was er ist, so ist das eigene Schuld.

A. Schl.

Kollegen!
Lest eure Verbandszeitung
und gebt gelesene „Steinarbeiter" an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter.
Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

Grünberg. Am 9. Juni 1930 fand in Lawaldau bei Walter unsere Versammlung statt, zu der Gauleiter Pifke erschienen war. Nachdem das Protokoll verlesen war, gab der Kassierer den Kassenbericht, der von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Koll. Helbig gab den Bericht von der Bezirkskonferenz in Breslau, von den Koll. Weißer und Schulz ergänzt. Darauf hielt der Gauleiter einen Vortrag über „Die Lage im Beruf". Er behandelte die Ursachen der großen Arbeitslosigkeit, die zum Teil auf die Konkurrenz der Teerstraßen und auf die Geldschwierigkeiten zurückzuführen ist. Im Deutschen Reich sind 45 Prozent der Steinsetzer arbeitslos. In der Grünberger Zahlstelle sind es 90 Prozent. Koll. Kühn machte auf den schlechten Zustand der Breslauer Straße aufmerksam, die vor 5 Jahren mit Teeraspalt hergestellt wurde. Eine Kleinpflasterdecke wäre durch die vielen Reparaturen auch schon bezahlt. Da vorläufig keine Aussicht auf eine Besserung der Lage besteht und die meisten Kollegen schon ausgesteuert sind, wurde verlangt, alles mögliche in Bewegung zu setzen, um in die Krisenunterstützung zu gelangen; Kollege Helbig soll einen diesbezüglichen Antrag an das Arbeitsamt senden. Gauleiter Pieske gab ihm hierzu die nötigen Anweisungen. Danach Schluß der von 50 Kollegen besuchten Versammlung.

Wiesbaden. Unsere Zahlstellenversammlung der Steinarbeiter und Pflasterer am 23. Juni war, beeinflußt durch ein um diese Zeit niedergegangenes Unwetter, schwach besucht. Schade drum; die Abwesenden haben eine interessante Versammlung versäumt. Zunächst machte der Kassierer bekannt, das laufende Quartal sei in bezug auf Beitragsleistung das schlechteste seit je. 70 Prozent der Kollegen seien arbeitslos. Aus der Versammlung heraus wurde bedauert, daß auch Kollegen mit Erwerbslosenmarken rückständig werden und sich schließlich erworbene Rechte verscherzten. Das „Fest der Arbeit" findet am 13. Juli statt. Kartelldelegierter, Kollege Weber, gab nähere Mitteilungen darüber und regte an, den arbeitslosen Kollegen aus der Lokalkasse ein Scherflein zur Teilnahme am Fest beizusteuern. Beschlossen wurde: „Jeder arbeitslose Kollege, dessen Verbandspflichten erfüllt sind, erhält nach Teilnahme am Festzug 2 Mark auf dem Festplatz ausgezahlt." Dann wurden unsere beiden Genossen, Stadtrat Schubert und Stadtverordneter Schäfer, Mitglied der Hoch- und Tiefbaudeputation der Stadt Wiesbaden, begrüßt und gedankt, daß sie unserer Einladung zu dieser Versammlung gefolgt sind, um ihnen Einblick geben zu können in falsche Sparmaßnahmen der Stadt Wiesbaden bei Ausführung von Hoch- und Straßenbauarbeiten, wodurch Steinarbeitern und Pflasterern die Arbeitsmöglichkeiten genommen werden. Einleitend wurde dazu von Vorstandsmitgliedern zunächst über Submissionsmängel bei Vergebung von Steinmetzarbeiten (Reparaturen) gesprochen. Dadurch werde der Pfuscharbeit Vorschub geleistet, ja geradezu würde diese verlangt und die Zahl der für reelle Arbeit notwendigen Arbeitstage erheblich beschränkt. Interessant müßte es sein, erfahren zu können, welcher Unterschied zwischen Kostenvoranschlag und den tatsächlichen Kosten dadurch oft entsteht und das Hochbauamt als Ersparnis buchen kann. Auch die bestehende Friedhofsordnung mit ihren einengenden Bestimmungen und hohen Gebühren für Aufstellen von Grabmälern erfordere dringend Abänderung. Das Verbot für Grabeinfassungen sei jetzt sogar auf die eingemeindeten Vororte ausgedehnt und uns dadurch seitherige Arbeitsmöglichkeiten genommen. Die Friedhofsverwaltung erfordere einen Zuschuß von jährlich 160000 Mark, der, von unserem Standpunkt aus gesehen, mit dazu verwendet wird, die Arbeitslosigkeit der Steinmetzen zu verschlimmern. Für Pflasterer wirkt sich die übertriebene Sparsamkeit ebenfalls schlimm aus. So seien Straßen mit großem Gefälle, entgegen übler Erfahrungen, geteert worden. Straßenteile mit erneuerungsbedürftigem Pflaster wurden geteert, wovon nach Jahresfrist nichts mehr zu sehen ist, also verfehlte Ausgaben. Dazu würden die sogenannten neuzeitlichen Straßenbefestigungen von auswärtigen Firmen ausgeführt, die ihre Arbeitskräfte mitbringen und weit unter hiesigem Tarif bezahlt werden. Außer für den Lohn einiger Hilfsarbeiter geht die ganze aufgewendete Geldsumme nach auswärts. Alles dieses käme bei Verwendung von Steinpflaster nicht vor und die hiesigen Pflasterer hätten Arbeit. Der zufällig anwesende Gauleiter der Pflasterer ergänzte diese Ausführungen, indem er die Wirtschaftlichkeit des Steinpflasters und vermehrte Arbeitsgelegenheit in den Steinbrüchen hervorhob. Aus der Versammlung heraus geißelten mehrere Steinarbeiter wie auch Pflasterer die ihnen meist widersinnig scheinenden Sparmaßnahmen oft mit drastischen Worten. Aber bei allen klang es durch: „Schafft Arbeit, dann brauchen wir keine Arbeitslosenunterstützung oder Wohlfahrt." Stadtrat Genosse Schubert erklärt nun, er habe schon immer Material von den Gewerkschaften verlangt; es sei das erstemal, daß er von einer Gewerkschaft, außer seiner eigenen, zur Versammlung eingeladen sei, um sich hier informieren zu lassen. Auf alle Einzelheiten ging er ein und gab Aufschluß. So bemerkte er u. a., daß Herr Baurat Scheuermann schon vor etlichen Jahren ein großes Straßenbauprogramm vorgelegt hatte, das in der Hauptsache Steinpflaster vorsah und daß er schließlich doch zu Ersatzmitteln greifen mußte; auch bei Steigungsstraßen, die er unbedingt plastern lassen wollte. Für die von der Besatzung beschlagnahmten städtischen Gebäude seien vom Reich Mieten gezahlt worden. Diese Summen seien verbraucht worden und so komme es, daß jetzt die Entschädigungssummen zur Wiederinstandsetzung dieser Gebäude nicht ausreiche. Gespart werde dann an mehr Nebensächlichem; zu diesem zählten anscheinend Steinmetzarbeiten. Doch wolle er sich einsetzen dafür, daß es besser werde in dieser Hinsicht, nachdem er manchen wertvollen Hinweis von uns erhalten hätte. Immer sei aber zu berücksichtigen die Zusammensetzung des Stadtparlaments, in dem wir nur Minderheit seien. Stadtverordneter Genosse Schäfer schließt sich der Meinung des Genossen Schubert an und fügt hinzu, es sei für ihn die Versammlung deswegen belehrend gewesen, weil er Einblick in die Eigenheiten des Steingewerbes erhalten hätte. Dadurch sei es ihm möglich, in Zukunft schiefe Darstellungen und Behauptungen zu widerlegen, die er sonst kritiklos hätte hinnehmen müssen. Er hoffe bestimmt, daß in allernächster Zeit Arbeitsgelegenheit für uns von der Stadt geschaffen würde. Daß bei der Aussprache die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Zustände gestreift wurden, ist selbstverständlich. Manch treffliches Wort fiel über Ueberstundenschieben, lange Arbeitszeit und schädliche Akkordarbeit. Mit Dank an unsere beiden Genossen und der Hoffnung, daß dieser anregenden Versammlung der gewünschte Erfolg beschieden sein möge, war Schluß.

Ursachen der Arbeitslosigkeit im Steinsetzberuf. Viele Artikel haben wir bereits im „Steinarbeiter" gelesen — so wird uns von einem Kollegen geschrieben —, daß die Teerstraßen überhandnehmen, trotz der Steinstraßen, die vereinzelt gut ausgeführt sind und bewiesen haben, daß sie alle Neuheiten übertreffen. Die Ursache des Niederganges müssen wir bei den Unternehmern suchen, die sich bei jeder Arbeitsvergebung unterbieten und dann als Billigster eine gute Qualitätsstraße nicht herstellen können. Sie suchen dann Arbeiter, die ihnen unter Tarif eine Murksarbeit liefern. Dafür ein Beispiel: Im Mai d. J. wurde in unserem Bezirk eine neue Pflasterstraße von 42 000 Quadratmeter vergeben. Erstmalig kommen 21 000 zur Fertigstellung, veranschlagt ist die Arbeit mit 56 000 Mark, 19 Unternehmer reichten ihre Angebote ein. Von den 19 Unternehmern erhielt Metschuk (Gumbinnen) die Arbeit für 26 000 Mark. Er beschäftigt zur Zeit 75 Arbeitnehmer. Davon sind 18 Gesellen, 10 Lehrlinge, 11 Rammer, die übrigen sind Hilfsarbeiter. Organisiert sind von den 75 Mann: 12 im Zentralverband der Steinarbeiter, 2 im Deutschen Landarbeiterverband (DLV), 5 im Gesamtverband, 2 im Baugewerksbund. Der Stundenlohn sieht folgendermaßen aus: die Setzer erhalten Tariflohn, die Rammer 0,80 statt 1,04 Mark, die Hilfsarbeiter 0,60 statt 0,78 Mark. Wie wird nun die Straße hergestellt? — Das Material ist gut, denn die Steine sind von Schlesien! Die Setzer geben sich trotz Treiberei große Mühe, gute Arbeit zu leisten. Aber hier liegt es an den Rammer-Kollegen, ihren Beruf zu wahren. Keine Murksarbeit, sondern Qualitätsarbeit zu liefern, hier gilt zu zeigen, daß nichts über eine gute Pflasterstraße geht. Diese verkehrsreiche Straße wird einmal „abgerammt", das zweite- und drittemal machen 2 Rammer für 19 Setzer, man kann sich denken, wie die Straße, wo sie schon fertiggestellt ist, aussieht. Die Rammer sind erst im Anlernen und die Berufsrammer sind alle bei den Wohlfahrtsämtern. Trotz Bemühungen, bei der Firma Arbeit zu erhalten, wurden sie immer abgewiesen. Auf eine schriftliche Anfrage erhielten die Kollegen folgende schriftliche Antwort: „Auf Ihr Schreiben vom 7. 6. 30 teile ich Ihnen mit, daß ich auf der Neubaustrecke keine Facharbeiter einstellen kann." Also arbeitet der Unternehmer Metschuk ohne Facharbeiter frisch drauflos, die Hauptsache: der Profit ist sicher! Daß der Regierungsbaurat solche Arbeit abnimmt, ist überhaupt verwunderlich. Die Kreisbaumeister möchten sich dort mal eine Qualitätsstraße ansehen. Nach unserer „Laien"-ansicht kann man durch zweimal ordentliches Rammen die Berge und Täler noch in eine gute Straße umwandeln. Ein Einschlemmen der Straße gibt es anscheinend bei den Unternehmern nicht, das kostet Geld. Ob ein Stein 3 Zentimeter tiefer ist wie der andere, schadet auch nichts, nur vorwärts, sonst kommt der Unternehmer nicht mit seiner Berechnung durch. Dadurch machen diese „Rammer" sich selbst und alte geübte Kollegen arbeitslos! Die Regierung Gumbinnen duldet leider solche Arbeit und man möchte bald glauben, daß sie das aus dem Grunde tut, weil der Unternehmer in derselben Residenz wohnt. Wir Berufskollegen verlangen, daß eine gründliche Besichtigung der fertiggestellten Straße vorgenommen wird und dadurch der Unternehmer gezwungen wird, nur geübte Rammer und Hilfsarbeiter einzustellen.

gültig, ob ihr von Christen oder Juden ausgebeutet werdet. Unser Kampf muß sich gegen das gesamte Kapital richten, ganz gleich, in welchen Händen es sich befindet. Das aber lehnen die Nationalsozialisten ab, weil sie nicht Sozialisten sind.

Daß die Nationalsozialisten ausgesprochene Arbeiterfeinde sind, ist erwiesen. Sie buhlen um die Arbeiter, weil sie ohne diese als Partei zugrunde gehen. Man braucht die Arbeiter, um mit deren Hilfe die ausgesprochenen reaktionären innenpolitischen Ziele zu erreichen. Der frühere sächsische Landtagsabgeordnete von Mücke schrieb folgendes an einen Freund über die Hitler-Bewegung: „Mögen die Geheimräte, die Doktoren, Generäle, Exzellenzen, Kaufleute, Rechtsanwälte, abgetackelten Schulmeister usw. ruhig in der Hitler-Partei ihr Mundwerk zu Markte tragen. So lange es nicht gelingt, wesentliche Teile des reinen Arbeitertums zu erfassen — und das kann Hitler weder persönlich noch durch sein Programm — solange ist jede Bewegung Quatsch."

Wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat der Hitler dem Mussolini abgeguckt. Trotzdem Hitler — um die Freundschaft Mussolinis zu erringen — die gequälten Deutschen in Tirol preisgab, verabreicht der römische Diktator der Hitlerbewegung eine klatschende Ohrfeige. Mussolini schrieb in seiner Monatsschrift „Gerarchia" („Die Hierarchi") im September 1929 den Nationalsozialisten folgendes ins Stammbuch: „Es genüge, sich die Namen der Führer der Nationalsozialisten anzusehen, lauter Würdenträger aus der wilhelminischen Zeit, die nicht, wie in Italien, die Masse des Volkes repräsentieren, das die Opfer des Krieges brachte. Es sind Vertreter der Militärkaste, die Generationen hindurch Deutschland mißregierte, es in die Katastrophe von Versailles führte und jetzt mit Hilfe einer nationalistischen Propaganda, die ausschließlich ihren Interessen dient, versucht, den politischen Boden und die wirtschaftliche Macht wiederzuerlangen."

Dann wollen wir auch nicht übersehen: Unter der Regierung Brüning unterstützten die Nationalsozialisten die niederträchtigsten Anschläge gegen die arbeitenden Massen. Die Nationalsozialisten stimmten den übertriebenen Hochschutzzöllen des Programms Schiele zu.

Sie billigten die Millionen-Subventionen der sogenannten Osthilfe für einige Hundert ostelbische Junker. Die Nationalsozialisten stimmten für die infame Sondersteuer gegen die Konsumvereine; nur aus Haß gegen die Arbeiter und deren Einrichtungen. Die Nationalsozialisten stimmten gegen den Antrag Breitscheid, der ein Notopfer aller Besserverdienenden zugunsten der Arbeitslosen forderte.

Das, ihr Zunftgenossen von Stein und Ramme, sind nur einige Brocken über die Nazi. In der Unterhaltung mit dem Strohdeckel-Mann an meinem Steinhaufen wurden sie entsprechend verwertet. Deswegen er sich schnell rückwärts verzog. Und dieses „Volk" will mit Phrasen und sonstigem Geschrei Verwirrung in die Reihen der Arbeiter hineintragen! — Dürfen wir dabei ruhig zusehen und stillhalten? — Nein! und nochmals Nein! sagt der

Steinklopfer-Hannes.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperrt:

2. Gau: In **Hockenau** das Grabsteingeschäft von Emil Kneifel.

3. Gau: In **Cosul** bei Großpostwitz Sa. der Betrieb der Firma Max Gedan; sie bezahlt unter Tarif und stellt Verbandsmitglieder nicht ein. — In **Nossen** das Grabmal- und Kunststeingeschäft von Achilles für Steinmetzen und Bildhauer wegen Maßregelung.

4. Gau: In **Gröningen** die Firma Hermann Saal wegen Tarifbruch.

11. Gau: In **Bremen** sämtliche Grabsteingeschäfte wegen Abbruchs der Tarifverhandlungen, wodurch tarifloser Zustand. Von der Sperre sind ausgenommen das Grabsteingeschäft von Franz Starker und die Abteilung Steinhauerei des gemeinwirtschaftlichen Bestattungs-Instituts. — In **Cursbeck-Neuengamme** die Firma Gustav Jans (Straßenbau), zahlt nicht nach Tarif.

Frankreich. In **Kolmar** (früher Elsaß) stehen seit dem 2. Juli Steinmetzen und Schleifer im Streik. Die Unternehmer wollen versuchen, Streikbrecher in Deutschland zu werben. Kein Arbeitsangebot nach dort annehmen!

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im **Zwischenraum** von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst **unterbleibt** die weitere Bekanntmachung.

Rundschau

Ueber **„Differenzen in der Basalt-Verwaltung“** berichtet in der Vossischen Zeitung der Ullstein-Nachrichtendienst am 1. Juli: „Die GV. der Basalt-AG., Linz am Rhein (51 Aktionäre mit 13 445 088 Mark und 672 254 Stimmen vertreten) genehmigte den Abschluß (Reingewinn 26 639 Mark). Ueber die Lage machte der Vorstand eingehende Angaben. Danach ist das Schmelz-Basalt-Werk, an dem die Basalt-Linz zu 81 Prozent beteiligt ist, stillgelegt. Das Ausscheiden der beiden Vorstandmitglieder (Dr. Endriß und Dr. Barkhausen. Red.) sei darauf zurückzuführen, daß die Vorstandsmitglieder eine andere Geschäftspolitik geführt haben, als es dem Aufsichtsrat genehm war, namentlich bezüglich der Expansion der Verpflichtungen und der Weiterentwicklung der Gesellschaft.

Der neue Vorstand sehe seine Aufgabe darin, die Gesellschaft durchzurationalisieren und alle Gewinne zu Abschreibungen und Ermäßigung der Schulden und Verbesserung der Liquidität zu verwerten. Namentlich die Bankschulden müßten unter allen Umständen ermäßigt werden. Mitgeteilt wurde noch, daß beschlossen wurde, die Pensionskasse von 727 235 Mark aufzulösen. Alsdann beschloß die GV. die Einziehung von nom. 4 Millionen Treuhandaktien durch Herabsetzung des Grundkapitals von 24 auf 20 Millionen Mark. Die 2 Millionen Buchgewinn dienen Sonderabschreibungen.“

Wir bringen diese Notiz lediglich zur Information unserer Leser. Im allgemeinen scheint sich hier das bekannte Sprichwort vom Mohr, der seine Schuldigkeit getan hat, zu bewahrheiten. Ueberhaupt scheinen diese kurzen Notizen über die Linzer Basalt-AG., die allwöchentlich in der bürgerlichen Handelspresse erscheinen und im allgemeinen nur Wiederholungen darstellen, einen ganz bestimmten Zweck zu verfolgen. Vielleicht sind es gar Vorschußlorbeeren der neuen Männer? —

Die Lebenshaltungskosten steigen. — Nennt man das Preissenkung? Das Wort Preissenkung ist zum Schlagwort geworden. Man hat gewaltige Maßnahmen angekündigt, um die Senkung der Preise überall durchzuführen. Mit den Rohstoffen sollte sie beginnen und in den Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen des letzten Verbrauchers ihren Ausklang finden. Was sehen wir statt dessen? Die amtliche Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten beträgt im Juni 147,6 gegen 147,0 im Monat Mai. Es ist also eine Steigerung von 0,6 v. H. eingetreten. Wenn auch dies in erster Linie durch die 4prozentige Mietenerhöhung, die am 1. Juni in Kraft trat, verursacht wurde, so ist doch aber dadurch sehr eindringlich zur Tatsache geworden, daß die angekündigte Preissenkungsaktion bisher einen Erfolg nicht gehabt hat. Was nutzt es uns, wenn das Eisen oder die Kohle um ganz geringe Prozentsätze im Preise herabgehen und die große Masse der Konsumenten nach wie vor die hohen Preise zu bezahlen gezwungen ist? Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat kürzlich im Reichstag erklärt, daß eine Senkung der Reallöhne keineswegs in Frage kommen könne, im Gegenteil müsse die Preissenkung in weit höherem Maße als die Lohnsenkung zur Auswirkung kommen und vorher erfolgt sein. So erklärte der Reichsarbeitsminister im Reichstag. Wie es aber in der Praxis aussieht, lehrt die amtliche Indexziffer für die Lebenshaltungskosten. Hoffentlich wird es jetzt still um die Senkung der Löhne, denn wenn man diese senken will, dann muß mindestens der Beweis erbracht sein, daß vorher eine Preissenkung erfolgt ist.

Die Aufträge der Reichspost. Im Rahmen der sogenannten Notgesetze sind nicht geringe Aufträge der Reichspost, der Reichsbahn usw. vorgesehen. Die Reichspost hat jetzt die Verhandlungen so weit abgeschlossen, daß die Aufträge bald vergeben werden können. Jedoch will der Reichspostminister gewisse Bedingungen an die Lieferindustrien stellen. Sie sollen sich bereit erklären, einen Preisnachlaß im Ausmaß von durchschnittlich 10 Prozent vorzunehmen. Ferner sollen sie sich verpflichten, auf Grund der Sonderbestellung Arbeiter einzustellen. Denn letzten Endes sei es Sinn und Zweck des Notprogramms, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Bei den Postaufträgen kommen für Bestellungen folgende Industrien in Frage: Telephon, Telegraphen, Waggons, Kraftfahrzeuge und Neubauten. Im Interesse einer Belebung des Arbeitsmarktes und zur Ankurbelung der Wirtschaft überhaupt ist es zu begrüßen, wenn die Reichspost ihre Aufträge so rasch wie möglich zu vergeben in der Lage ist. Mit der Reichsbahn schweben die Verhandlungen noch. Hier liegen bekanntlich die Verhältnisse wesentlich schwieriger. Die Reichsbahn vertritt den Standpunkt, Sonderbestellung nur dann erteilen zu können, wenn hierfür entsprechende Deckung vorhanden ist. Ueber diese Fragen wird zwischen der Reichsbahn, dem Reichsfinanzministerium und dem Reichsverkehrsministerium verhandelt. Eine Einigung soll in naher Aussicht stehen. Kommt sie recht bald zustande, so besteht auch hier die Aussicht, die Arbeitsmöglichkeiten zu vergrößern.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Auf Antrag der Zahlstelle Stendal wurde der Steinsetzer August Wellmann wegen Schädigung der Verbandsinteressen ausgeschlossen.

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In Rudolstadt das Verbandsbuch Nr. 80708 für Paul Grüner, Steinsetzer. In Bottrop Nr. 94814 für Karl Schumski, Steinsetzer.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Am 19. Juli in Meißen um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3.

Am 20. Juli in Kolberg bei Gublke, Stettiner Straße.

*

Osterburg hat die Arbeitsberechtigungskarte eingeführt. Die Karte wird ausgehändigt vom Kollegen Ewald Busse, Weinberg.

Bielefeld. Wir machen hiermit auf einem Schwindler aufmerksam, der kürzlich im hiesigen Bezirk sein Unwesen trieb. Auch ist es ihm in Bielefeld gelungen, einige Kollegen um ihre paar Groschen zu prellen, indem er angab, sein Verbandsbuch hätte er in seinem Koffer, der bei dem Sektionsleiter, Kollegen Betzing, stände, auch hat der Betreffende in einer Wirtschaft eine Zeche gemacht, die er nicht bezahlte, indem er angab, bei dem hiesigen Steinbildhauermeister Karl Eckert als Geschäftsführer beschäftigt zu sein. Da durch solche Sachen die durchreisenden Kollegen geschädigt werden, machen wir im Steinarbeiter darauf aufmerksam. Der angebliche Kollege reist unter verschiedenen Namen, gibt an Beermann, Klüter und Vogt zu heißen, auch will er einmal in Osnabrück, das anderemal in Längerich geboren sein. Wo dieser Kerl auftaucht, sollen ihm die Gesellen eine Tracht Prügel verabreichen und dann der Polizei übergeben.

Völklingen. Das Mitgliedsbuch Nr. 72 205 für Ludwig Strotzer ist gestohlen worden. Zahlstellenkassierer, beachtet diesen Hinweis!

*

Oertliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt in: Reichenbach i. V., Osterburg, Bischofsgrün und Harzburg.

Selbsthilfe der Arbeiterschaft. Gerade heute, wo die Krankenversicherung im Mittelpunkt des politischen Kampfes steht, gilt es, immer wieder darauf hinzuweisen, in welchem Maße sie als Selbsthilfe der Arbeiterschaft zu werten ist. Die Arbeitnehmer haben die Mittel aufzubringen, denn auch der Arbeitgeberbeitrag ist letzten Endes als Lohnanteil zu werten. Sie bestimmen auch durch ihre Zweidrittelmehrheit wesentlich über die Verwendung dieser Mittel, und letzten Endes ist es trotz aller gegenteiligen Aeußerungen von seiten der Aerzte und der Arbeitgeber ihrer Disziplin zu danken, daß trotz der schweren Wirtschaftskrise die Krankenversicherung in diesem und im vergangenen Jahre einen verhältnismäßig günstigen Stand aufzuweisen hat.

Hierdurch wurde eine Aufrechterhaltung, teilweise sogar eine Erweiterung der satzungsmäßigen Leistungen ermöglicht. Wie eine soeben vom Hauptverband deutscher Krankenkassen fertiggestellte Statistik, an der sich etwa zwei Drittel der Ortskrankenkassen mit über vier Fünftel der Mitglieder beteiligt haben, ergibt, hat etwa ein Viertel der Kassen mit nahezu der Hälfte der Mitglieder die Dauer der Krankenhilfe auf 39 bis 52 Wochen erweitert. Ferner hat etwa die Hälfte der Ortskrankenkassen eine besondere Fürsorge für Genesende eingeführt. Gut ein Drittel der Kassen mit nahezu einem Viertel der Mitglieder gewährt erhöhtes Krankengeld. Ebenfalls ein Drittel der Kassen gewährt Zuschläge zum Krankengeld nach dem Familienstande oder der Angehörigenzahl. Erhöhtes Hausgeld für die Familie der im Krankenhause Untergebrachten ist gleichfalls bei mehr als der Hälfte der Krankenkassen eingeführt. Nahezu alle Ortskrankenkassen gewähren Familienkrankenhilfe, obwohl auch diese heute noch nicht zu den Pflichtleistungen nach dem Gesetz gehört. Wie sich bereits aus diesen Zeilen ergibt, sind es vor allem die großen und leistungsfähigen Ortskrankenkassen, die in ihren Leistungen über das gesetzliche Maß hinauszugehen vermögen. Wenn im Hinblick hierauf eine stärkere Zentralisierung in der Krankenversicherung gefordert wird, so handelt es sich dabei um Vorschläge, die eher auf den Namen einer Reform Anspruch erheben dürfen, als der jetzt von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften überwiesene Plan.

Der Bundesvorstand gegen die Verschlechterung der Krankenversicherung

Der Vorstand des ADGB. hat einmütig folgende Entschließung gegen den von der Reichsregierung vorgelegten Entwurf zur „Reform der Krankenversicherung“ angenommen:

Die Reichsregierung hat einen Gesetzentwurf zur Reform der Krankenversicherung vorgelegt, der den entschiedenen Widerspruch aller beteiligten, an der Krankenversicherung positiv interessierten Kreise hervorrufen muß. Gegen die klar geäußerte Absicht der Regierung, mit diesem Entwurf nicht etwa den sozialen Fortschritt und den Interessen der Versicherten dienen zu wollen, sondern durch einen Abbau der Leistungen jährlich den Betrag von 300 bis 400 Millonen Reichsmark zu ersparen, legt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den schärfsten Protest ein. Er weist mit Nachdruck auf die ungeheuren Schäden für die Volksgesundheit hin, die sich insbesondere aus der finanziellen Belastung der Versicherten bei Inanspruchnahme von Aerzten und Medikamenten ergeben würden. In der durch Einschaltung der Arbeitgeber und der Versicherungsbehörden erschwerten Beitragsfestsetzung erblickt der Bundesvorstand den planmäßigen Versuch, die Rechte des Versicherten in den Krankenkassen zu beschränken und den Ausbau der Leistungen zu verhindern. Die Vorschläge zur Neuregelung des kassenärztlichen Systems und zur Bekämpfung der Zersplitterung in den Krankenkassen müssen als völlig ungenügend bezeichnet werden.

Ziel einer von sozialpolitischen Grundsätzen ausgehenden Reform der Krankenversicherung muß eine Ausdehnung des Versichertenkreises, eine Lösung der Arztfrage durch Gewährung stärkerer Kontrollrechte an die Krankenkassen und eine durchgreifende Reform der Organisation durch Beseitigung aller Sonderkassen und Zwergkassen sein.

Der Bundesvorstand erwartet von allen Fraktionen des Reichstags, die gewillt sind, den heute mehr denn je gesteigerten sozialen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft zu dienen, daß sie dem Abbau eines in Jahrzehnten bewährten sozialen Schutzgesetzes mit allen Mitteln entgegentreten.

Die Rheinlandbesetzung kostete 6½ Milliarden Mark. Das zuständige Reichsamt hat jetzt die Kosten zusammengerechnet, die die Rheinlandbesetzung vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 verursacht hat. Die Summe, die Deutschland hierfür zu leisten hatte, betrug nicht weniger als 6½ Milliarden Mark. Nicht eingerechnet sind die persönlichen und sachlichen sonstigen Aufwendungen des Reiches, die durch die Besetzung verursacht wurden. Man kann hieraus ersehen, welche Mittel die Liquidation des Krieges verschlingt. Was hätte sich nicht alles für die 6½ Milliarden an Kulturwerten schaffen lassen?

Ein neues Wander- und Ferienheim-Verzeichnis. Zu Beginn der Ferienreisen ist das neue Ferienheim- und Schutzhütten-Verzeichnis des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ herausgekommen. Es bietet wiederum ein gerundetes Bild von dem Streben der genannten Organisation bei der Errichtung von Unterkunftsheimen für die Ferientage der Werktätigen. Ueber 400 Häuser sind, nach Wandergebieten übersichtlich geordnet, aufgeführt, so daß man sofort ersehen kann, welche Heime am Meeresstrand, in der Heide oder in einem der zahlreichen Mittelgebirge oder gar in den Hochalpen stehen.

Die 240 reichsdeutschen Naturfreundehäuser unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Bauweise und Inneneinrichtung in 84 große Ferienheime mit Einzelzimmern, die bei mäßigen Kosten ausgezeichnet bewirtschaftet werden; 98 Häuser kommen als gute Wanderheime in Frage, während 20 Hütten einfacheren Ansprüchen genügen. Der Förderung hochalpiner Unternehmungen in den Bayrischen Alpen werden 8 Schutzhäuser und 30 Schihütten in bester Lage gerecht. Alle Heime dienen auch den Zwecken des Deutschen Jugendherbergsverbandes. Die übrigen Heime der „Naturfreunde“ verteilen sich auf folgende Länder: Oesterreich 83, Schweiz 46, Tschechoslowakei 20, Frankreich 10, Ungarn 2, Polen 1, Holland 1, Norwegen und Vereinigte Staaten von Amerika 6.

Zwei beigegebene Karten vn Mitteleuropa mit den eingezeichneten Heimen vervollständigen den Wert der kleinen Schrift in jeder Form. Sie ist zu beziehen gegen Einsendung von 1 Mark in Briefmarken von der Reichsleitung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Nürnberg, Webergasse 1.

Der neue Weltpakt bei Oel und Chemie. Der deutsche Farbentrust steht mit der größten Petroleumgesellschaft der Welt, der Standard Oil Co., in enger Verbindung. Beide üben gemeinsam das Hydrierverfahren bei der Gewinnung von Benzin aus. In Amerika wurden nach Patenten der J. G. Farbenindustrie große Anlagen zur Ausübung des Hydrierverfahrens errichtet. Dadurch wurden Rohöl und Rückstände wesentlich besser ausgenutzt. Nunmehr ist auch der zweite große Petroleumtrust der Welt, die Royal-Dutch-Shell-Gruppe, mit der J. G. Farbenindustrie in Verbindung getreten zwecks Auswertung des Krackverfahrens bei der Benzingewinnung. Die beiden Petroleumgesellschaften und die J. G. Farbenindustrie werden eine gemeinsame Zentralorganisation errichten, in der die Hydriermethode zusammengefaßt und entwickelt werden soll. Damit ist ein sehr bedeutsames Bündnis zwischen Oel und Chemie zustandegekommen. Die drei in Frage kommenden Unternehmungen zählen zu den bedeutsamsten und größten der Erde. Die Kapitalverflechtung und die technische Verbundenheit der Großunternehmungen wächst von Tag zu Tag.

Adressenänderungen

1. Gau: **Mohrungen.** Vors. u. Kass.: Otto Schliffke, Siedlung, Schleusenweg 5
2. Gau: **Frankenstein.** Vors.: Alfred Langer, Eberleinstr. 5. — **Reinberg.** Kass.: Robert Grundmann.
3. Gau: **Naundorf.** Vors. u. Kass.: Max Kästner, Nr. 90. — **Wildschütz.** Vors. u. Kass.: Paul Heller, Schildau, Kreis Torgau, Bahnhofstraße 10.
5. Gau: **Uckerath.** Kass.: Heinrich Stockhausen, Krabeck, Post Eichholz-Hennef-(Sieg)-Land.
6. Gau: **Detzeln.** Kass.: August Reichert. — **Wyhlen.** Kass.: Max Sontheimer, Ritterstraße 8.
7. Gau: **Flockl.** Vors.: Anton Neukam, Hintergeiersberg Nr. 2, Post Warmensteinach (Oberfr.).
10. Gau: **Ostheim** neue Postbezeichnung: Ostheim, Homburg (Bez. Kassel)-Land.

Briefkasten

„Steinarbeiter“-Empfänger. Mitte August werden die Versandadressen neu gedruckt; wo eine Aenderung in der Anschrift sich nötig macht, möchte dies der Versandstelle des „Steinarbeiters“ umgehend mitgeteilt werden.

Neue Bücher und Zeitschriften

Weimar — und was dann? (Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung.) Von Dr. Otto Kirchheimer. Jungsozialistische Schriftenreihe. Umfang 48 Seiten Großoktav. Kart. 85 Pf. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Ausgehend von der ökonomischen Struktur der Gegenwartsgesellschaft zeigt Kirchheimer die klassenmäßigen Motive auf, die der Formulierung des Weimarer Verfassungswerkes zugrunde lagen. Entscheidend für die Anwendung der geschriebenen Artikel blieb nicht Geist und Absicht ihrer Verfasser, sondern das Machtverhältnis zwischen den Klassen, das sich immer wieder, unbeschadet der verfassungsmäßigen Bestimmungen, den ihm entsprechenden politischen Ausdruck schuf. Ganz besonders drastisch lehrt das vor allem die Entwicklung unserer Steuergesetzgebung, die sich immer mehr von der Verfassungsvorschrift entfernte, nach der jedermann an den öffentlichen Lasten entsprechend seinem wirtschaftlichem Vermögen teilzunehmen hat. Auch die Geschichte der Anwendung des Artikels 48, die Kirchheimer heranzieht, vor allem in dem Vergleich der verschiedenartigen Behandlung der bayerischen und sächsischen Differenz zur Reichspolitik 1923, wie der Stellung zum Frick-Thüringen von 1930, erhärtet die marxistische Erkenntnis, daß Verfassungen ihren Inhalt allein von der Intensität des Klassenkampfes erhalten, nicht aber von der Absicht ihrer Schöpfer.

Der volkstümliche Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. „Vorbeugen, nicht abtreiben“ von Luise Otto erschien in der Verlagsbuchhandlung W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, bereits wieder in neuer Auflage. Das weitverbreitete Büchlein liegt nunmehr im 136. bis 145 Tausend vor. Diese hohe Auflagenziffer bejaht von vornherein das brennende Interesse, das dem vorliegenden Thema entgegengebracht wird, und beweist gleichzeitig, daß die Broschüre ihren Zweck im Sinne des Titels erfüllt. Stichwortartig wird hier in einführenden Absätzen das Unsinnige des § 218, wie des § 184 behandelt und in volkstümlichem Ton eine Darstellung der Methodik der wesentlichsten Vorbeugungsmittel gegeben. Die 72 Seiten starke Broschüre, die nur 80 Pf. kostet, kann nur immer wieder allen Müttern und jungen Leuten empfohlen werden. Einer von vielen Einsendern schreibt dem Verfasser: „Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen für Ihren Mut zu danken, mit dem Sie hier die heikle Frage einmal rücksichtslos offen behandeln. Eine soziale Regierung würde jedem Brautpaar gratis auf dem Standesamt Ihre Broschüre aushändigen. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Schrift noch manches Hunderttausend weiterer Auflage.“ Wir können uns diesen Ausführungen nur anschließen.

Anzeigen

Potsdam

Unsere Monatsversammlung findet am **Sonnabend, dem 19. Juli 1930, 19 Uhr, im Volkshaus** statt. Tagesordnung: Bericht von der letzten Bezirkskonferenz (Lohnverhandlung). Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung. I. A.: O. Wegener.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Am Sonnabend, dem 26. Juli, und Sonntag, den 27. Juli,

Gewerkschaftsfest in Groß-Ropperhausen

mit Fahnenweihe.

Festprogramm: Sonnabend ab 2 Uhr Konzert und Tanzbelustigung. Sonntag 6 Uhr Wecken. Ab 11 Uhr Abholen der Vereine. Um 1 Uhr Aufstellung des Festzuges.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein

der Festausschuß.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Maurersocken** 1.20 Mk. Echt Lindner-**Manchesterhosen** Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis.
Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterst. 2

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Groß-Kunzendorf** am 28. Juni der Hilfsarbeiter August Ronge, 24 Jahre alt.

In **Kindisch** am 30. Juni der Pflastersteinmacher Alwin Schäfer, 61 Jahre alt, Magenkrebs, 1½ Jahr krank.

In **Demitz-Thumitz** am 1. Juli der Pflastersteinmacher Michael Gintner, 36 Jahre alt, Krebs, 9 Monate krank.

In **Mücheln** am 1. Juli der Steinsetzer Karl Harnisch, 48 Jahre alt, Gallenentzündung, 8 Monate krank.

In **Bielefeld** am 2. Juli der Hilfsarbeiter Heinrich Holm, 26 Jahre alt, tödlich verunglückt.

In **Helmstedt** am 3. Juli der Steinsetzer Julius Brandt, 79 Jahre alt, Altersschwäche.

In **Zadel** am 3. Juli der Brecher Oskar Beißig, 55 Jahre alt, Tuberkulose, 9 Monate krank; am 10. Juli der Brecher Martin Dietze, 24 Jahre alt, abgestürzt.

In **Dölme** am 4. Juli der Hilfsarbeiter Friedrich Timmermann, 22 Jahre alt, ertrunken.

In **Gommern** am 4. Juli der Brecher Gustav Kramer, 67 Jahre alt, Freitod.

In **Würzburg** am 4. Juli der Hilfsarbeiter Johann Störlein, 45 Jahre alt, Hirnhautentzündung, 3 Wochen krank.

In **Berlin** am 7. Juli der Rammer Reinhold Sobota, 35 Jahre alt, Lungenleiden, 20 Wochen krank.

In **Pirna** am 9. Juli der Sandsteinbrecher Albin Philipp, 45 Jahre alt, Staublunge, 10 Monate krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Gewerkschaftsbewegung als Kampfobjekt*

Natürliche und unnatürliche Gegner / Von Alexander Knoll

I.

Motto: Nur in einem gesunden Körper wohnt ein (so) gesunder Geist.

Das Zitat, das wir hier als Motto voransetzen, lautet im Original zwar etwas anders, aber darauf kommt es nicht an, sondern nur darauf, ob es für die nachfolgende Betrachtung paßt. Und das tut es.

„Die Gewerkschaftsbewegung als Kampfobjekt", auch das gibt es und hat es schon immer gegeben. Nicht von dem Kampf, den die Gewerkschaften zu führen haben, von ihrer Lebensaufgabe also, soll hier die Rede sein, sondern von den Kämpfen, die gegen und um sie geführt wurden — und werden — von ihren natürlichen und unnatürlichen Gegnern.

Die Gewerkschaftsbewegung hat eigentlich niemals ruhige Zeiten gehabt. Vom Tage ihres ersten Entstehens bis heute ist sie ein Objekt erbitterten Streites und Kampfes gewesen, so daß man sich eigentlich wundern muß, daß und wie sie so gesund und lebenskräftig aus all diesen Anfechtungen und Kämpfen hervorgegangen ist und der blühende und kräftige Organismus werden konnte, als den sie sich uns darstellt. Es ist das sicher ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaftsbewegung von einem urkräftigen Lebensgefühl getragen ist; denn nur ein in seinem innersten Wesen urgesunder Organismus konnte und kann das ertragen, was die Gewerkschaftsbewegung bis heute ertragen hat.

Vom ersten Tage ihres Entstehens an, sagten wir, ist sie ein Objekt des Kampfes gewesen. Sehen wir von dem kurzen Freiheitsrausch des Jahres 1848 ab, so wissen wir, daß die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung in dieselbe Zeit fallen, in der auch die sozialistische Bewegung entstanden ist, in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Es war die Zeit, in der die damaligen zweierlei sozialistischen Richtungen, die Lassalleaner, vertreten durch Lassalle und Schweitzer, und die „Eisenacher", vertreten durch Wilhelm Liebknecht und Bebel, sich grimmige Fehden lieferten. Beide Richtungen hatten ziemlich zu gleicher Zeit auch den Gewerkschaftsgedanken aufgenommen; und es ist ohne weiteres erklärlich, daß die politischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen sich in ihre Gewerkschaften übertrugen. Es handelt sich hierbei nicht um bloße „Konkurrenz"-Kämpfe, sondern es kam hinzu, daß auch die Auffassung über Wesen, Methoden und Erfolgsmöglichkeiten der Gewerkschaften hüben und drüben sich stark unterschieden. In der Hauptsache aber ging der Streit auch in den Gewerkschaften um die abweichenden politischen Grundauffassungen — wer denkt da nicht an die heutigen Zustände! — und da die Gewerkschaften ohnehin zahlenmäßig noch sehr schwach waren, so wurde durch den politischen Streit ihre Initiative naturgemäß völlig gelähmt. Damals war es, als Bebel das Wort sprach: „Vielleicht sind die Gewerkschaften der Boden, auf dem die Parteien sich einigen können!"

Lebte August Bebel heute noch, würde er solche Hoffnungen wohl nicht mehr hegen. Nicht, weil die Gewerkschaften die politische Einheit und Einigkeit nicht wünschten, sondern weil sie heute mehr als je im Mittelpunkt des politischen Streites stehen — als Objekt!

Damals fanden die Streitigkeiten ihre (harmonische) Erledigung durch die Einigung der beiden sozialistischen Parteien auf dem (Einigungs)-Kongreß zu Gotha im Jahre 1868.

In den Gewerkschaften selbst waren die Meinungsverschiedenheiten, die von ihren Gründern in sie hineingetragen worden waren, so schnell noch nicht überwunden worden, aber sie wurden ausgetragen in einer Weise, die ihnen nun nicht mehr schadete. Die Oberhand hat zuletzt die Bebel-Liebknechtsche Auffassung behalten.

Neben diesen inneren Hemmungen, die durch die grundsätzlichen Auseinandersetzungen hervorgerufen waren, haben natürlich die Gewerkschaften, genau wie die ihnen naheverwandte sozialistische Bewegung, sich von Anfang der polizeilichen und sonstigen behördlichen Aufmerksamkeit und Feindschaft zu erfreuen gehabt. Die Geschichte der Gewerkschaften bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 ist eine einzige Kette von polizeilichen Schikanen und gerichtlichen Verfolgungen. Einmal war es die ganz allgemeine Einstellung dieser Behörden gegen die Arbeiterbewegung überhaupt, die als offene Rebellion betrachtet wurde; sodann boten die rückständigen und reaktionären Bestimmungen der einzelstaatlichen Vereinsgesetze die willkommene Handhabe, den Gewerkschaften allerhand am Zeuge zu flicken. Insbesondere war es ein Staatsanwalt Tessendorf in Magdeburg — die Magdeburger Justiz war schon immer eine besondere Nummer! — der sich die Schikanierung und Verfolgung der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen geradezu zur Lebensaufgabe erkoren hatte. Daß es die Gerichte an löblichem Eifer in dieser Hinsicht nicht fehlen ließen, wurde schon erwähnt. An spitzfindiger Auslegung der Vereins- und sonstigen Gesetze ließen sie es wahrlich nicht mangeln. Am schlimmsten aber waren doch die polizeilichen Schikanen. Es war damals noch gesetzliche Vorschrift, daß jede Versammlung, auch die kleinste, in der „öffentliche Angelegenheiten" erörtert werden sollten, polizeilich angemeldet werden mußte — und polizeilich überwacht wurde. Jeder Redner, der das Wort nahm, mußte vorher fein säuberlich Namen und Wohnung angeben und was er sagte, wurde möglichst wortgetreu notiert, oftmals aber auch absichtlich und unabsichtlich entstellt — und oft genug am nächsten Tage brühwarm dem Arbeitgeber zugetragen. In kleineren Orten, wo die Polizei jeden Einwohner kennt, wurden auch die Namen derjenigen Versammlungsbesucher notiert, die nicht gesprochen hatten. Dann mußten, kam eine Ortsgruppe zustande oder bestand eine solche, die Mitglieder bei der Ortspolizei angemeldet werden. Alles dies ermöglichte es ihr, den Arbeitgebern genau zu berichten, wer Mitglied seiner Gewerkschaft war, und sie hat das nachweislich des öfteren getan.

Die Folgen kann man sich unschwer ausmalen. Es gehörte in diesen Jahren wirklich ein hoher Grad von persönlichem Mut dazu, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein; denn es war nahezu in jedem Falle mit großen Opfern und Gefahren für den einzelnen Arbeiter verbunden. Manch einer von ihnen, der so der Rache des Unternehmertums verfiel, ist dauernd existenzlos geworden und wirtschaftlich zugrunde gegangen, wenn es ihm nicht gelang, sich in irgendeiner anderen Weise über Wasser zu halten. —

Im Jahre 1878 fegte das von Bismarck eingebrachte Sozialistengesetz die vorhandenen Anfänge der gewerkschaftlichen Organisation mit ganz wenigen Ausnahmen glatt hinweg. Die Gewerkschaften wurden bis auf drei aufgelöst, ihre Zeitungen verboten und die Führer zum Teil ausgewiesen oder sonst „unschädlich" gemacht. Die paar nicht aufgelösten Verbände mußten sich auf eine absolut harmlose Unterstützungstätigkeit beschränken.

Nahezu 50 000 Mitglieder zählten die vorhandenen Gewerkschaften im Jahre 1878. Gemessen an den heutigen Millionenzahlen der Gewerkschaften: ein kleines, bescheidenes Häuflein — gemessen an den damaligen Verhältnissen und unter Berücksichtigung der vielen Hemmungen und Schwierigkeiten, mit denen der Gewerkschaftsgedanke zu kämpfen hatte: ein erfreulicher und ermutigender Anfang. Das größte Hemmnis, das in diesen Jahren sich dem Eindringen des Gewerkschaftsgedankens entgegenstellte, war die geistige Einstellung der Arbeiterschaft. Sie war in dieser Zeit noch gänzlich in autoritären Auffassungen befangen; eine Auffassung, die in dem Unternehmer den „Brotherrn", den „Wohltäter" des Arbeiters erblickte. Es ist die größte und wahrhaft revolutionäre Tat der Arbeiterbewegung und nicht zuletzt der Gewerkschaften, mit dieser Auffassung so ziemlich aufgeräumt zu haben. Vor fünfzig Jahren schien es manchmal noch, als sei sie unausrottbar.

Das Sozialistengesetz ging zu Ende. Im Jahre 1890 gelang es Bismarck nicht mehr, den Reichstag zu einer nochmaligen Verlängerung des Gesetzes zu bewegen. Zwölf Jahre lang hatte es wie eine eiserne Fessel auf der Arbeiterklasse gelastet. Seinen Zweck, die Sozialdemokratie zu vernichten, hatte es völlig verfehlt. Die Sozialdemokratische Partei hatte von Wahl zu Wahl zugenommen, war zur Millionenpartei geworden. Nur die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft sind niedergehalten worden. Das Unternehmertum hatte die günstige Situation glänzend auszunutzen verstanden; waren ihm doch die Arbeiter mit gebundenen Händen überliefert gewesen. Die Erbitterung darüber hatte sich bei den politischen Wahlen ausgewirkt; denn man konnte zwar mit Hilfe des Sozialistengesetzes die konkrete wirtschaftliche Betätigung der Arbeiterschaft unterdrücken, nicht aber konnte man dem politisch aufgerüttelten Arbeiter das Denken verbieten. Dieses Denken aber war unter den Wirkungen des Gesetzes revolutioniert worden. Seinen sichtbaren Ausdruck fand dieser Denkprozeß, wie schon erwähnt, bei den politischen Wahlen.

Dem nicht ganz in reaktionären Anschauungen befangenen Bürgertum fing vor den politischen Folgen der Bismarckschen Politik an zu grauen. Es fiel im Reichstag — bei der endlichen Ablehnung des Sozialistengesetzes — das stolze Wort, daß man den Kampf gegen die Sozialdemokratie nunmehr mit „geistigen Waffen" führen wolle. (Fortsetzung folgt.)

*) Red.: Diese Abhandlung aus der Feder unseres alten und verdienten Kollegen Knoll wird in 5 Artikeln erscheinen. Es empfiehlt sich, die Artikelserie zu sammeln.

Ein Pressebesuch bei der J. G. Farbenindustrie in Leverkusen

Die „Großmacht-Presse" hat der Großmacht J. G. Farben in Leverkusen bei Köln einen Besuch abgestattet. Leverkusen war noch bis zum Jahre 1893 ein unbedeutendes Bauerndörfchen, an dem die drei großen Verkehrsstraßen zwischen Köln und Düsseldorf, der Rhein, die Landstraße und die Eisenbahn achtlos vorüberzogen. Wir erleben in einem geistigen Augenblick die gewaltige Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft in den letzten 40 Jahren, wenn wir uns das Emporwachsen des vor uns liegenden Riesenwerkes Leverkusen aus friedlichen Ackerboden vor Augen führen. Weder das Dorf Leverkusen, noch die im Jahre 1863 in Barmen gegründete, seit 1881 als Farbenfabrik vorm. Friedrich Bayer & Co. bekannte, für unsere heutigen Begriffe kleine Firma haben sich träumen lassen, daß aus ihnen durch technischen und wissenschaftlichen Geist ein solches riesenhaftes Werk emporblühen würde. Wenn wir hören, daß noch im Jahre 1875 nur 119 Arbeiter beschäftigt wurden und im heutigen Unternehmen allein in Leverkusen rund 7500 Arbeiter und 3100 Angestellte tätig sind, und wenn wir uns noch alle die vielen Menschen hinzudenken, die sich mit der Beschaffung der Rohstoffe für das Werk Leverkusen und mit der Verteilung seiner Erzeugnisse beschäftigen, wenn wir ferner auch an die durch Erfindergeist erreichte Verbesserung der alten Erzeugnisse denken, dann erkennen wir die große wirtschaftliche, soziale und auch kulturelle Bedeutung, die das Werk Leverkusen für die Menschheit gewonnen hat.

Es ist einfach unmöglich, alle die chemischen Namen der Erzeugnisse aufzuzählen, die aus Leverkusen als Ware über die ganze Erde verbreitet werden.

Als die führenden Männer der Farbenfabriken in Elberfeld den Beschluß faßten, ein neues Werk in Leverkusen zu errichten, lag ihnen ein unbegrenztes Feld rheinischen Bodens zu Füßen. Noch heute hat das Werk weitreichendes Bauterrain zu etwa notwendiger Werkerweiterung in absehbarer Zeit zur Verfügung, von dem 5,7 Quadratkilometer großen Fabrikgelände sind erst 2,1 für die Fabrikanlagen, 1,2 für Siedlungen ausgenutzt, so daß noch 2,4 Quadratkilometer heute landwirtschaftlich bearbeitete Bodenfläche in Fabrikgelände umgewandelt werden kann. Der Rhein, an dessen östlichem Ufer das Werk liegt, brachte im Jahre 1928 allein 435 000 Tonnen Waren, vorwiegend Rohstoffe, heran. Nach einem bereits bei der Errichtung des Werkes im Jahre 1893 sehr weitsichtig aufgestelltem Plan werden die Schwerchemikalien in einer unmittelbar am Rhein liegenden „organischen Abteilung" verarbeitet. Hier wird in der Hauptsache aus Schwefelkies oder aus Gips Schwefelsäure gewonnen, die für die Farbstoffabrikation als Hilfsprodukt eine wichtige Rolle spielt. Je weiter man sich vom Ufer des Rheins innerhalb der Fabrik entfernt, desto leichter, veredelter und fertiger wird das Produkt.

Auch wer als Techniker die weiträumigen Fabrikanlagen durchwandert hat, wird am Ende seiner Wanderung feststellen müssen, daß er hier und da interessante mechanische Einrichtungen gesehen hat — er wird aber gestehen müssen, daß ihm nichts anderes als Oefen, Behälter, Rohre und immer wieder Oefen, Behälter und Rohre im Gedächtnis haften geblieben sind, von denen er weiß, daß in ihnen irgendetwas geröstet, getrocknet, chemisch umgewandelt, abgekühlt wird. Im ganzen wird er nur sagen können, daß sich hinter den Wänden all dieser Gefäße ein geheimnisvoller chemischer Prozeß abspielt, über den nur der „liebe Gott" oder der gerade das eine Produktionsgebiet bearbeitende Chemiker Auskunft geben könnte. Da nirgendwo Abfälle zu sehen sind, werden die Pressevertreter mit Recht zu dem Ergebnis gekommen sein, daß es im Reiche des Chemikers nichts gibt, was nicht irgendeinen Wert hat. Sehr richtig betonte ein Pressevertreter, daß die J. G. Farbenindustrie es verstände, aus allem Gold zu machen und so gegen das biblische Verbot verstoße, Schätze zu sammeln, die die Motten fressen. Aber auch gegen die Motten haben die Chemiker das wundervolle Mittel Eulan gefunden, so daß jedenfalls für die J. G. Farben das biblische Wort von den Motten als zeitlich überholt zu betrachten sei.

Daß auch in Leverkusen fleißig rationalisiert worden ist, zeigt uns die Leere an Menschen in den Fabrikräumen. Man fragt sich immer wieder: Wo stecken die 7300 Arbeiter? Nur hier und da begegnet man einem aufsichtstuenden Angestellten oder einem Arbeiter. Die Menschen verlieren sich in dem großen Werk. Auf jeden Arbeiter dürften 200 bis 300 Quadratmeter Fabrikgelände kommen. Der große technische Apparat leistet seine Arbeit fast ohne Menschenhilfe. Nur in den Nebenbetrieben, in den Büros, in den Laboratorien sehen wir Menschen an der Arbeit.

Im großen und ganzen wird man der Werkleitung in Leverkusen das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie bestrebt war, das Los des arbeitenden Menschen zu erleichtern. Nur vereinzelt sieht man durch ein hartes Arbeitslos gequälte Menschen. So begegneten wir zwei Männern, die getrocknete Farben mit Trichtern in Fässer umschütteten und trotz der großen Hitze Mund und Nase mit einem Staubfilter verschlossen hatten, um das Eindringen des gesundheitsschädlichen Farbstaubes in die Atmungsorgane zu verhüten. In der Blechbüchsenfabrik — das Werk stellt sein Verpackungsmaterial selbst her — fanden wir über 100 junge Mädchen in der unsagbar geistlosen Beschäftigung, wie wir sie von der Konservenbüchsenfabrik aus kennen.

Das Werk Leverkusen bildet eine Stadt oder besser ein Fürstentum für sich. Die Herren dieses Reiches sind nicht nur Arbeitgeber im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern ihre Herrschaft dringt tief in das Familien- und Kulturleben der Werkangehörigen ein. Wir brauchen nur eine Reihe von sozialen Einrichtungen aufzuzählen, um die Reichweite dieser Herrschaft über den Menschen anzudeuten: Poliklinik, Wöchnerinnenheim, Fürsorgestellen für Kranke, Schwesternhaus, Frauenverein, Kaufhaus, Speiseanstalten, Kasino, Erholungshaus mit Theatersaal für Konzerte und Theateraufführungen, Kegelbahn, zwei große Parkanlagen, 3000 Werkwohnungen, Bibliothek mit 26000 Bänden, Sprachunterricht, Werk-, Haushaltungs- und Gartenbauschule, Werkzeitung usw. usw. Also alles das, was sonst die öffentlichen Behörden als ihre kulturellen und sozialen Aufgaben betrachten — hier ruht es in den Händen des Arbeitgebers. Der ganze Mensch wird von dem Dienstherrn erfaßt. Es gilt, die große Gefahr zu erkennen, die auch dieser Machtzuwachs der Beherrscher der J. G. Farben in sich birgt. Dabei gestehen wir gerne zu, daß das Werk Leverkusen ängstlich vermeidet, irgendwelche Bestrebungen zu unterstützen, die von uns als Gewerkschaften als „gelb" bezeichnet werden könnten. In allen Einrichtungen wird strenge parteipolitische und kulturelle Neutralität geübt. So konnten wir zu unserer Freude hören, daß z. B. in der großen Bibliothek auch uns nahestehende Schriftsteller wie Bebel, Coudenhove-Kalergi zu finden sind. Und trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß letzten Endes der Arbeitgeber Herr über alle Einrichtungen ist, die er als freiwillige Zutaten zum Arbeitsentgelt seiner Arbeitnehmer bietet.

So bleibt trotz aller wohlwollenden Fürsorge für die Arbeitnehmer des Werkes das Reich des Herrn Duisburg im Grunde genommen ein autokratisch regiertes Fürstentum, selbst wenn wir auch erkennen, daß der „Fürst" so klug ist, sich der Zeit anzupassen und alle politischen und kulturellen Strömungen der heutigen Zeit in loyaler Weise in sein Reich eindringen läßt.

J. Gröttrup, Köln.

Eine Statistik des sozialen Aufstiegs

Nach dem Kriege war das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen" in aller Munde. Weil die herrschenden Schichten Deutschlands so gründlich abgewirtschaftet hatten, glaubte man die Zeit gekommen zu sehen, wo aus den jungen unverbrauchten Kräften des Volkes das Material der führenden Männer der Zukunft herausgeholt werden müßte. Jeder unbefangene Beobachter weiß, daß die Hoffnungen jener Sturm- und Drangperiode nur in ganz geringem Maße in Erfüllung gegangen sind. Darüber belehrt eine statistische Untersuchung, die das Statistische Reichsamt in Nr. 9 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" veröffentlicht.

Rund 11 000 führende Zeitgenossen wurden erfaßt. Es wurden drei große Gruppen gebildet, um eine Uebersicht zu erhalten. Zur Gruppe A gehören: Oeffentliche Beamte und Lehrer mit akademischer Vorbildung, Aerzte, Apotheker, Rechtsanwälte, Offiziere, Gelehrte und Hochschullehrer, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Komponisten, Schauspieler, Ingenieure, Techniker, Architekten usw. Dies ist die sog. geistige Oberschicht. Die Gruppe B umfaßt: Großindustrielle, Großhändler, Verleger, Bankiers und Hoteliers, Direktoren und Rentiers (wirtschaftliche Oberschicht). Die Gruppe C umfaßt die unteren Schichten: mittlere und untere Beamte, Lehrer, Landwirte, Handwerksmeister, Handeltreibende, Angestellte, Militärpersonen, Arbeiter, Gesellen, Tagelöhner usw. Diese Schichtung ist sehr grob vorgenommen worden. Gewisse Entwicklungsrichtungen werden durch die Verkoppelung der Arbeiterschaft mit den kleinbürgerlichen Schichten verschleiert. Doch da die Arbeiter besonders aufgeführt sind, ist ein Einblick möglich.

Gehen wir nunmehr die einzelnen Berufsarten der führenden Zeitgenossen durch, so sehen wir, daß bei den Beamten mit akademischer Vorbildung 79 Prozent den Oberschichten und 0,7 v. H. der Arbeiterschaft entstammen. Bei den Lehrern mit akademischer Bildung stellen die Oberschichten 54 v. H. Die Geistlichen entstammen zu 38 v. H. den mittleren und unteren Schichten. 3,8 v. H. derselben kommen aus der Arbeiterschaft. 76 Prozent der Aerzte aller Gattungen entstammen den oberen Schichten und 2 Prozent der Arbeiterschaft. Die Rechtsanwälte kommen zu 87 Prozent aus den Oberschichten, kein Rechtsanwalt hat einen Arbeiter zum Vater. Die oberen Schichten sind bei den Offizieren mit 95 und die Arbeiterschaft mit 0,1 v. H. vertreten. Bei den Gelehrten und Hochschullehrern stellen die oberen Schichten 73, die mittleren und unteren Schichten 17 und die Arbeiterschaft 0,7 v. H. Das Rekrutierungsgebiet der Dichter, Schriftsteller und Journalisten ist zu 34 v. H. die Gruppe C, aus der Arbeiterschaft entstammen 2,2 v. H. Auch die Komponisten, Schauspieler usw. entstammen zum übergroßen Teil den Oberschichten. Zu den technischen Berufen (Ingenieure usw.) steuert die Gruppe C 34 und die Arbeiterschaft 3,2 v. H. bei. Naturgemäß entstammen die Großindustriellen zum übergroßen Teil (85 v. H.) den Oberschichten. Mit 71 v. H. ist allein die wirtschaftliche Oberschicht vertreten. Ungefähr das gleiche Verhältnis ist bei der Gruppe Großhändler, Bankiers usw. zu verzeichnen. Von 165 Großindustriellen entstammen 4 (2,5 v. H.) und von 247 Großhändlern und Bankiers 5 (2,0 v. H.) der Arbeiterschaft. Die Direktoren und leitenden Angestellten kommen mit 76 v. H. aus den Oberschichten. Die wirtschaftliche und diplomatische Interessenvertretung wird von Leuten ausgeübt, die nur zu 22 v. H. den mittleren und unteren Schichten entstammen. 4,8 v. H. sind Abkömmlinge der Arbeiterschaft. Anders ist das Verhältnis bei den Politikern. Hier entstammen 72 v. H. der untersten Gruppe und 20,3 v. H. der Arbeiterschaft. Das ist das einzige Feld, wo sich die arbeitenden Schichten heranzuarbeiten vermochten. Wenn man die Berufsarten betrachtet, wo die Söhne den Vätern folgen, so tritt dies am stärksten hervor bei den Offizieren (54,4 v. H.), Großindustriellen (55,8 v. H.), Großhändlern, Bankiers usw. (49,4 v. H.), Großgrundbesitzern (77,8 v. H.), Geistlichen (28,0 v. H), höheren Beamten (25,1 v. H.) usw.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, daß die Demokratisierung des öffentlichen Lebens noch in den Kinderschuhen steckt. Von der Demokratisierung der Wirtschaft erst gar nicht zu reden. Nach dem ersten Schreck haben die besitzenden Schichten es vorzüglich verstanden, sich in ihrer alten Position wieder festzusetzen. Es hat also wenig genutzt, daß die Demokratie in ihrer weitestgehenden Form bei allen politischen Körperschaften zur Durchführung gelangte. Letzten Endes liegen die Schalthebel des öffentlichen Lebens bei den ausführenden Personen. Es wird noch unendliche Mühe kosten und lange Zeit in Anspruch nehmen, ehe das gesamte öffentliche Leben Deutschlands vom demokratischen Geist durchdrungen ist. Die Gewerkschaften stellen einen wichtigen Vorposten in diesem Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Wir Zwei

Wir haben oft beim Wein gesessen
Und öfter beim Grog.
Beim Pfandverleiher lag indessen
Der Sonntagsrock.

Wir haben die lustigsten Mädelgeschichten
Ausgetauscht,
An Abenteuer und an Gedichten
Uns weidlich berauscht.

Wir haben, o je, von unseren Schulden
Uns vorgeklagt,
Vertranken dabei den letzten Gulden:
Nur nicht verzagt!

Wir haben uns immer zusammengefunden,
War's Wetter schlecht;
Und waren die gräulichen Wolken verschwunden,
Dann erst recht.

Wir sind zwei Kirschen an einem Stengel,
Ein Zwiegesang,
Ein Kanon, wie er von Bach bis Klengel
Noch keinem gelang.

Wir sind zwei Schelme. Wenn sie uns fangen,
Philistergericht,
Wir müssen an einem Galgen hangen,
Sonst tun wir's nicht.

Gustav Falke.

Medizinische Kuriosa

Von Rolf C. Reiner.

Die Mißachtung, die die Aerzte des Mittelalters erfuhren, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß die katholische Kirche im Anfange des 13s Jahrhunderts die Ausübung der Heilkunst den Geistlichen streng verbot. Weiter noch ging die Würzburger Diözesan-Synode vom Jahre 1298, die den Geistlichen sogar die Gegenwart bei chirurgischen Operationen ausdrücklich untersagte, und somit die Heilkunst mit einem Makel befleckte. Wenngleich auch im Jahre 1456 die Wiener Fakultät einen Doktor der Chirurgie graduierte — noch 40 Jahre vorher wies sie einen Chirurgen, der die Doktorwürde erstrebte, als einen unverschämten Menschen ab — bedurfte es dennoch einer ausdrücklichen Ehrlichkeitserklärung der Wundärzte, die abzugeben Kaiser Rudolf II sich im Jahre 1577 auf dringendes Bitten der Aerzte bereitfinden ließ.

*

Daß es im Mittelalter schon Aerztinnen gegeben hat, ist allgemein ganz unbekannt. Und doch existierten solche schon im 11. Jahrhundert an der medizinischen Schule von Salerno. Sogar die Namen der tüchtigsten unter ihnen sind uns überliefert worden. Eine Aerztin mit Namen Mercuriade soll sogar eine glänzende Chirurgin gewesen sein. Es hat sich sogar ein Dokument erhalten, vom 10. September 1321 datiert, durch welches der Franziska, Gemahlin des Mathaeus de Romagna, bescheinigt wird, nach „wohlbestandenem Examen vor der Universität zu Salerno" eine Praxis am gleichen Orte ausüben zu dürfen. — die erste deutsche Aerztin, deren Namen auf uns überkommen ist, lebte um 1350 in München und betätigte sich ausschließlich als Augenärztin.

*

Angesichts des heutigen Hochstandes der medizinischen Wissenschaft erscheinen uns die Krankheitsbehandlungen, denen sich zuweilen Fürstlichkeiten des Mittelalters auf Anordnung ihrer Leibärzte unterziehen mußten, als wahrhaft barbarische Pferdekuren. So wird beispielsweise berichtet, daß Kaiser Otto II. von seinem Arzte zur Behebung einer Verdauungsstörung eine Dosis von fast 17 Gramm Aloe erhielt. Da schon ein Bruchteil dieser Menge tödliche Wirkung haben mußte, starb der Kaiser unter ganz unromantischen Umständen. Albrecht I. mußte sich einer furchtbaren Prozedur unterziehen, als er nach einem etwa allzu frugalem Mahle von einem heftigen Unwohlsein befallen wurde. Da alle Mittel der herbeigerufenen Aerzte keine nennenswerte Linderung zu bringen vermochten, nahm man an, daß der König vergiftet sei. So hing man denn den Fürsten kurzerhand an den Füßen auf, „damit das Gift aus Augen, Ohren, Nase und Mund herausfließen könne". Erstaunlicherweise blieb der König zwar am Leben, soll sich aber, was nicht weiter Wunder nimmt, von dieser Kur nie wieder ganz erholt haben. Einer fast gleichen Behandlung mußte sich Kaiser Sigismund im Jahre 1404 unterziehen, als man gegen ihn einen Vergiftungsanschlag unternommen hatte. Auch er wurde an den Füßen aufgehängt und mußte in dieser peinvollen Situation ganze 24 Stunden aushalten. Ein gutes Zeichen für die eiserne Konstitution des Kaisers, daß dieser Gift und Kur überstand.

*

Während in allen anderen Wissenschaften durch die tatkräftige Unterstützung der Fürsten Großes erreicht werden konnte, fehlte den Chirurgen und Heilkundigen jede Möglichkeit, durch Experimente ihre Kenntnisse zu vertiefen. War doch die Leichenöffnung im Mittelalter von den Päpsten streng untersagt. Der Senat der Stadt Venedig galt als ungeheuer fortschrittlich, um nicht zu sagen ketzerisch, als er im Jahre 1305 die Erlaubnis erteilte, daß für die Zwecke anatomischer Studien in jedem Jahre . . . eine Leiche geöffnet werden dürfe. Allerdings handelte es sich hier, wie in fast allen anderen derartigen Fällen selbstverständlich nur um die Leichname von Verbrechern. Als Philipp II. 1554 in Holland ganz generell das Sektionsverbot aufhob, wurde noch ausdrücklich in dem betreffenden Dekret festgesetzt, daß nur die Leichen von Hingerichteten zu solchen Zwecken verwandt werden dürften.

Kein Wunder also, daß die medizinischen Kenntnisse der Aerzte im Mittelalter nicht gerade übermäßig groß gewesen sind.

*

Man glaubt allgemein, daß Justus von Liebig, der 1831 das Chloroform entdeckte, die Narkose überhaupt erfunden hat. Das ist jedoch ein Irrtum, denn schon den alten Römern war eine Narkose aus Mandragora-Wurzel bekannt, wie dies Curides und Homer erzählen. Im 12. und 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung wurde es ebenso wie Bilsenkraut bei Amputationen und anderen Operationen ganz allgemein gebraucht. Aus dem Jahre 1460 ist uns eine Handschrift von Hainrich von Pflospeund, betitelt „Bündt-Artzney", bekannt, in welcher die Technik der Inhalationsnarkose vor Operationen mit Mohnsaft, Mandragora und Bilsenkraut ausführlich beschrieben ist.

*

Man kannte im Mittelalter sogar künstliche Augen, künstliche Zähne und künstliche Glieder. So wird erzählt, daß der berühmte französische Chirurg Ambroise Paré um 1560 herum ein künstliches Auge aus emailliertem Gold herstellte und es in die Augenhöhle eines lebenden Menschen einsetzte. Paré ist aber wenigstens ehrlich und behauptet nicht, daß er der Erfinder dieses Verfahrens sei, sondern betont, daß man es bereits zur Zeit des kaiserlichen Romes gekannt habe. — Die eiserne Hand, die der Schmied von Ollenhausen für Götz von Berlichingen anfertigte, als dieser seine Rechte 1504 verloren hatte, hatte eine Vorläuferin in der eines deutschen Ritters, der Ende des 14. Jahrhunderts im Rhein ertrank und dessen Skelett man in neuerer Zeit gefunden hatte.

Der Leibchirurg König Ludwigs XIV. von Frankreich, Georges Marechal, war ursprünglich von Hause aus Barbier. Durch seine große Fertigkeit wurde er im Laufe der Jahre einer der prominentesten französischen Aerzte und weltberühmter Spezialist für Blasensteinoperationen. Zeitgenossen schätzten sein Jahreseinkommen auf 300 000 — an anderer Stelle werden sogar 350 000 Frank genannt —, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß er sich für jeden Aderlaß 2500, für jede Blasensteinoperation 5000 Frank bezahlen ließ.

Zwei der gebräuchlichsten medizinischen Behandlungsarten waren — Klistierspritze und Blutegel, mit denen man fast jede Krankheit zu behandeln versuchte. Die Klistierspritze wurde von einem sehr berühmten flämischen Arzte Reynier de Graaf erfunden und wurde von ihm und seinen Kollegen bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten gebraucht. Bezeichnend für den Unfug, der im späten Mittelalter mit dieser, in gewissen Fällen ja recht segensreichen Klistierspritze getrieben wurde, ist ein Prozeß eines Arztes gegen den französischen Prälaten Fr. Bourgeois auf Bezahlung der Kosten für 2219 Klistiere, die er diesem innerhalb kurzer Zeit verabreicht hätte. Der Mißbrauch, der mit der Verwendung von Blutegeln viele Jahrzehntelang getrieben wurde, ist genügend bekannt, so daß hier auf Einzelheiten nicht weiter eingegangen zu werden braucht. Interessant ist nur eine auf uns überkommene Notiz, derzufolge die Pariser Spitäler pro Jahr für 658 000 Frank Blutegel für ihre Patienten verbrauchten.

*

Bei unseren Vorfahren gehörte der Wein zur unentbehrlichen Nahrung, so daß in allen Kreisen und zu allen Gelegenheiten wesentlich mehr Wein konsumiert wurde, als dem Einzelnen zuträglich war. Die Aerzte waren aber damals so stark abhängig von der allgemeinen Volksmeinung, daß sie die Trinkexzesse nicht nur nicht verboten, sondern sogar für gesund erklärten.

Für diejenigen, die den Wein sehr lieben, mag das ein Moment sein, daß sie mit den Aerzten des Mittelalters versöhnt. Aber ganz allgemein wollen wir uns doch lieber darüber freuen, daß die medizinische Wissenschaft im Laufe der Jahrhunderte einen solchen Hochstand erreicht hat und wir sicher sind, vor den Torturen mittelalterlicher Krankheitsbehandlungen, die ebenso peinvoll — wie zwecklos waren.

Sind Gerstenkörner gefährlich?

Vor einiger Zeit stand in einer medizinischen Zeitschrift die Mitteilung, daß ein amerikanischer Arzt an einem Gerstenkorn gestorben sei. Er hatte, als es zu schmerzen anfing, mit einer ausgeglühten Nadel einen Einstich vorgenommen, um den Eiter abzulassen; zwei Tage darauf war er tot.

Solche Alarmnachrichten tauchen gelegentlich immer wieder auf. Folgt daraus, daß Gerstenkörner eine gefährliche, ja todbringende Krankheit sind? Nein, durchaus nicht. Es ist allgemein bekannt, wie häufig besonders Kinder an diesem Uebel leiden, man weiß, daß die schmerzhaften Eiteransammlungen an den Rändern der Augenlieder bei manchen Menschen, wenn sie erst einmal aufgetreten sind, sich monate- und jahrelang wiederholen. Und man weiß ebenso gut, daß jedes einzelne Gerstenkorn nur eine Plage für kurze Zeit ist, in wenigen Tagen ist alles Leid wieder vergessen. Man hilft sich mit Hausmitteln, geht nicht einmal zum Arzt; aber da der Verlauf sowieso nur kurze Zeit in Anspruch nimmt, so ist es schließlich ziemlich gleichgültig, ob die selbst verordneten Mittel helfen oder nicht.

Nur in manchen Fällen bekommt man es mit der Angst zu tun. Oft sind die beginnenden Beschwerden so gering, daß man sie kaum beachtet. Man geht zu Bett und denkt gar nicht an dieses kleine Pünktchen, das ein wenig drückt. Am nächsten Morgen jedoch, beim Erwachen, stellt sich heraus, daß das Auge nicht zu öffnen ist. Man tritt vor den Spiegel: eine dicke, rote Schwellung beider Augenlider ist es, die das Oeffnen zur Unmöglichkeit macht; die geringste Berührung mit den Fingern verursacht starke Schmerzen, und das Wichtigste: man kann nicht sehen. Schon wird der Arzt telephonisch benachrichtigt: Herr Doktor, ich bin auf einem Auge über Nacht erblindet. Nun, wenn alle Erblindungen so wären wie diese, es gäbe keine Blinden mehr. Denn nach kurzer Behandlung schon sind die Augen wieder zu öffnen, der Eiter entleert sich und das Sehen ist wieder hergestellt. Also selbst diese so bedrohlich aussehenden Verschwellungen der Augen infolge von Gerstenkörnern sind meist ganz harmlos. Die Gefährlichkeit der Gerstenkörner beruht nur in einer fehlenden oder unsachgemäßen Behandlung. Die ganz abwegige Angst vor Zugluft veranlaßt viele Menschen, bei den geringsten Augenbeschwerden das Auge zu verbinden. Zugluft schadet nichts, aber der Verband tut es. Der Verband macht aus einem kleinen harmlosen Gerstenkorn oftmals solch schwere Zustände, wie sie geschildert wurden. Und noch schlimmer als das Verbinden wirkt sich das Reiben oder Kratzen an den Augen mit den Fingern aus. Man macht dadurch kleine Schrunden und impft in diese die krankmachenden Bakterien der Fingerkuppen ein. Fast nur auf diese Weise können die Gerstenkörner überhaupt entstehen. Deshalb lasse man die Augen, falls sie jucken oder andersartige Beschwerden machen, sofort behandeln. In den meisten Fällen wird dann die Entstehung von Gerstenkörnern zu verhindern sein. Sind sie aber bereits vorhanden, so lasse man auch hier sich vom Arzt beraten. Denn eine rechtzeitige, sachgemäße Behandlung, aber nur diese macht die gefürchteten Gerstenkörner zu der harmlosesten Sache von der Welt.

Was ist dem Kind der Schnuller nutz,
Er trägt Bazillen, Staub und Schmutz.

Gesundheitsdienst des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen, Berlin-Charlottenburg

Heiratslust und soziale Lage

Die Statistik hat ein Steigen der Heiratslust in Deutschland erwiesen. Da ist es lehrreich, zu wissen, in welchen sozialen Schichten sich die Heiratslust zeigt oder ob ein Unterschied in den verschiedenen sozialen Schichten vielleicht nicht vorhanden ist. Wir finden von Regierungs-Rat Dr. Karl Wagner, Mitglied des Statistischen Reichsamts, in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift hierüber interessante Ausführungen.

Daß nach dem Fortfall der Wehrpflicht heute eine frühere Eheschließung möglich ist und auch stattfindet, ist begreiflich. Vielleicht auch, daß in den Jahren des Kriegs und der Inflation „mit ihren für den Junggesellen besonders ungemütlichen Begleiterscheinungen" eine ausgesprochene Zunahme der Heiratslust bei den älteren Junggesellen (über 40 Jahre) festzustellen ist. Aber wie wirkt sich die wirtschaftliche Lage nun vor allem auf die Eheschließungen aus?

Bei der Betrachtung dieser Frage müssen wir unterscheiden zwischen der Heiratslust überhaupt und der Zeit der Eheschließung, und da steht fest, daß die wirtschaftliche Lage für die Zeit der Eheschließung außerordentlich bedeutsam ist, während für die Zahl der Eheschließungen überhaupt, vor allem der Altersaufbau der Bevölkerung in Betracht kommt.

Aus diesem Altersaufbau unseres Volkes heute, hat sich nun ein starkes Anschwellen der Zahl der Eheschließungen ergeben, und Dr. Wagner ist der Ansicht, daß der Höchststand der Eheschließungen mit über 600 000 Ehen für das Jahr etwa bis 1931 erreicht werden wird. Auf dieser Höhe wird die Heiratslust bis 1935 bleiben, um dann rasch abzusinken.

Aber dann ist für den Zeitpunkt der Eheschließungen das wirtschaftliche Verhältnis von großer Bedeutung. Die Zahl der Heiratslustigen allein macht es nicht. Es ist in anderem Zusammenhange bereits festgestellt worden, daß bei älteren Menschen oft die Zeugungslust nicht mehr vorhanden ist. Auch ist ein bestimmtes Alter für einen gesunden Nachwuchs erwiesen. Aber da ist vielen Menschen heute die Ehe in diesem normalen Zeugungsalter nicht möglich.

Man hat diesen Einfluß, den die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Eheschließungen ausüben, sogar für bestimmte Jahre, ja sogar für Vierteljahre festgestellt. Der wirtschaftliche Konjunkturverlauf entspricht der Kurve der Eheschließungen. Große Arbeitslosigkeit wirkt auf die Eheschließungen hemmend ein.

Aber auch wer durch langjährige Ausbildung zu seinem Berufe erst spät zur Existenz gelangt, hat erst spät die Möglichkeit zur Heirat. So auch die, die da selbst heute noch die Aussicht haben, auf eine Selbständigkeit. Bei den Bäckern, Fleischern, Schneidern und Schuhmachern sind von den 25—30jährigen Gesellen z. B. nur 28—40 Prozent verheiratet, weil sie noch die Möglichkeit einer Selbständigkeit erhoffen. Dagegen sind von den Facharbeitern dieser Altersgruppe bereits 60 Prozent verheiratet.

Auch die Frauenarbeit spielt bei den Eheschließungen eine große Rolle. Wenn auch nicht immer die Absicht besteht, die Frau ständig mitarbeiten zu lassen, so ist doch durch die Arbeit der Frau die Aussicht vorhanden, zu einer Wohnungseinrichtung zu kommen. Auch wirkt das Bewußtsein, die Frau als fähig zur gewerblichen Arbeit zu wissen, oft trotz der sozialen Schwierigkeiten ermunternd zur Heirat. Ist doch die Zahl der Familien heute nicht gering, in denen die Frau der gewerblichen Arbeit nachgeht und der Mann ohne Arbeit ist.

Dr. Wagner meint, daß in dieser Zeit der steigenden Heiratslust die Heiratshäufigkeit im Alter von 23—28 Jahren bereits wieder abnimmt. Er meint, „daß die junge Generation mehr mit rationellen Erwägungen an die Ehe herantritt". Aber diese „rationellen Erwägungen" sind meist soziale. Erst bauen sich die Vögel ihr Nest! Gestaltet darum das soziale Leben so, daß die Heirat den jungen Menschen möglich wird! Bevölkerungspolitik läßt sich nur aus dem Sozialen betrachten. Und statt der Sorge um Massengeburten sollte man daran denken, daß allen heiratsfähigen Menschen durch soziale Gestaltung der Lebensverhältnisse ein menschenwürdiges Familienleben möglich ist.

Der weibliche Anteil am Volkseinkommen

Die Frauenarbeit ist eine weitverbreitete Erscheinung geworden. Von 21 Millionen Arbeitern und Angestellten entfallen auf das weibliche Geschlecht 29 v. H. Nimmt man die Gesamtheit aller Arbeiter, Angestellten und Beamten, so machen die Frauen ungefähr ein Viertel aller Beschäftigten aus. Das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger beträgt rund 46 Milliarden. Der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte beläuft sich aber nur auf 8,6 Milliarden oder auf 18 v. H. Wenn also die Frauen den vierten Teil sämtlicher Lohn- und Gehaltsempfänger stellen, so beträgt ihr Anteil an den Gesamteinnahmen noch nicht einmal ein Fünftel. Das Gesamteinkommen der weiblichen Angestellten, deren Zahl rund 1,2 Million beträgt, wird auf 1,7 Milliarde geschätzt. Das ergibt je Kopf ein Einkommen von 1417 Mark jährlich oder 118 Mark im Durchschnitt je Monat. Man sieht hieraus, wie verhältnismäßig niedrig die weiblichen Angestellten entlohnt werden. Das Problem Männer- und Frauenlöhne ist schon des öfteren behandelt worden. Allgemein geht die Ansicht dahin, daß die Frauenarbeit geringer zu entlohnen sei als die gleiche Leistung der Männer. Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß für gleiche Arbeit gleicher Lohn gewährt werden muß. Sie haben sich in dieser Beziehung bisher nur zum Teil durchsetzen können. Der Fluch von der Minderwertigkeit der Frau als Arbeitskraft ist noch viel zu verwurzelt, als daß hier so rasch eine Aenderung eintreten könnte. Gewiß ist das richtig, daß ein großer Teil der erwerbstätigen Frauen den jüngeren Altersstufen angehört. Dadurch wird aber der große Unterschied zwischen dem Einkommen der Männer und der Frauen nicht erklärt. Erklärlicher ist der Minderverdienst der Frau dadurch, daß der Prozentsatz der gewerkschaftlich Organisierten unter den Frauen wesentlich geringer ist als bei ihren männlichen Kollegen. Selbst im Zeitalter der Zwangstarifverträge ist es den Gewerkschaften unmöglich, das Wünschenswerte für die Frauen zu erreichen, wenn der größte Teil derselben jeder gewerkschaftlichen Aktivität abhold ist. Wenn es in dieser Beziehung einmal anders wird, wird auch mehr für die Frauen getan werden können. Das müssen die weiblichen Arbeiter und Angestellten in Rechnung stellen.

Bücher und Zeitschriften

Illustrierte Reichsbanner-Zeitung. Erscheint wöchentlich. Postabonnement monatlich 90 Pfg. Postanstalten und Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW. 68, nehmen Bestellungen an.

„Der Wahre Jakob" ist zum Preise von 30 Pfg. pro Exemplar in allen Volksbuchhandlungen zu haben.

„Frauenwelt". Halbmonatsschrift, Preis 40 Pfg., mit Schnittmusterbogen 50 Pfg. Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Berlin SW. 68. Bestellungen bei allen Postanstalten und Buchhandlungen.

„Die Gemeinde". Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW. 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.